

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2013

63. Jahrgang, Nr. 729/730

Quälen und erinnern auf denkwürdige, aber attraktive Weise

Der Mauerlauf über 100 Meilen in Berlin soll an die unmenschliche Grenze von einst erinnern

Das ist ebenso Werbung für den Sport wie für die Stadt Berlin, zugleich ist es ein Impuls für die Geschichtsaufarbeitung und ein Gedenken an die Opfer, die hier bei dem Versuch, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu gelangen, ihr Leben gelassen haben oder gefasst und inhaftiert wurden. Es ist der Mauerlauf, von dem die Rede ist. Er findet insgesamt in einem Zeitrahmen vom 13. bis 18. August statt, wobei am 13. August, dem eigentlich historischen Datum, zunächst ein Gedenklauf in der Gruppe stattfinden soll. Dieser Lauf über eine Strecke von 25 km über einen Teil des Berliner Mauerwegs beinhaltet kurze Zwischenstopps, in denen die Geschichte der Mauer erläutert wird.

Am 16. August werden für die Teilnehmer die Formalitäten erledigt, ohne die es auch hier nicht geht, und am 17. August um sechs Uhr morgens fällt im Stadion an der Lobeckstraße der Startschuss für die Einzelläufer, nachdem man sich bereits zwei Stunden zuvor zu einem unbedingt notwendigen Frühstück getroffen hat. Eine Stunde später gehen dann an derselben Stelle die Staffeln an den Start.

Die Strecke soll insgesamt über 100 Meilen führen, also rund 160 km und somit über eine Distanz, die die Länge der einstigen Berliner Mauer umfasst. Das ist unglaublich, eine Herausforderung und Strapaze in einem, und nicht zuletzt auch ein gewisses Äquivalent zu den Qualen, die jenes heute fast unvorstellbare

Grenzbauwerk vielen Menschen bereitete. Es ist demnach nicht verwunderlich, dass sich für die Teilnahme an solch einem gewaltigen Ereignis nur die wirklich besten Starterinnen

und Starter aus allerlei Ländern angemeldet haben und dass manche und mancher die Kräfte das ganze Jahr über für diesen Rundkurs aufgespart hat.

Die Zahl der zugelassenen Teilnehmer liegt im Einzelwettbewerb bei 250, wobei die Altersklassen bei 30 bis 35 beginnen und bei 70 bis 74 enden. Gemeldet haben sich sogar 254, die auch sämtlich zugelassen sind. Es sind sowohl Frauen wie auch Männer am Start, die aus Ländern wie Belgien, Österreich, Italien, der Schweiz, den Niederlanden, der USA sowie aus dem arabischen Raum kommen.

Schirmherr des Laufes samt allen Veranstaltungen ist der frühere DDR-Oppositionelle Rainer Eppelmann. Der Lauf lebt vor allem auch durch die Unterstützung vieler Frei-

williger. So werden entlang der Strecke etliche „Service-Stationen“ eingerichtet, an denen die Läuferinnen und Läufer von 200 Helfern rund um die Uhr betreut werden. Es

gibt Essen, Getränke, aufmunternde Worte und medizinische Betreuung. Die ehrenamtlichen Helfer werden von

Sportorganisationen und Initiativen oder Verbänden gestellt, die selbst aktiv an der Aufarbeitung beteiligt sind und in der Bedeutung des Laufes eine Verbindung zu ihrem eigenen Engagement sehen. So gehört an Kilometer 100 in Griebnitzsee das Forum zur kritischen Auseinander-

setzung mit der DDR-Geschichte in Brandenburg zu den betreuenden Streckenposten.

Erstmals fand dieser Lauf in 2011 statt. Er hat somit eine kurze, dafür intensive Geschichte. Für die Läufe in den nächsten Jahren wäre es durchaus denkbar, dass auch die VOS, obwohl nicht mit einem Teilnehmer am Lauf, dafür jedoch mit einem Betreuungsstand beteiligt ist.

Valerie Bosse



Wenn man die zurückliegenden zwei Sommermonate mit anderen Zeitabschnitten vergleicht, so kann man wahrlich von einem ruhigen Sommer sprechen. Lag es an der Hitze, dass es zuletzt keine Querele, Streitigkeiten und verleumdende Falschmeldungen gab, oder ist, was sich wohl nahezu alle Kameradinnen und Kameraden wünschen, das Bedürfnis nach einem harmonischen Zusammenwirken inner- und außerhalb der VOS auch bei den Letzten eingetreten? Nun, wir hoffen, dass der Zustand von Dauer ist und wir uns gemeinsam den wesentlichen Aufgaben zuwenden, die wir noch bis zu den Bundestagswahlen am 22. September erledigen könnten.

Zu den weiteren erfreulichen Meldungen in diesen Tagen gehört, dass wir aktuell wieder einen 95. Geburtstag zu verzeichnen haben. Wie man auf den nachfolgenden Seiten nachlesen kann, ist es Kamerad Kurt Zielinsky aus dem Fränkischen, der nach einem bewegten Leben, in dem ihm die Diktaturen des vorigen Jahrhunderts übel mitgespielt und zu insgesamt einem Jahrzehnt Haft „verholfen“ haben, nun dieses großartige Jubiläum begehen konnte. Die Jüngeren, wobei ich den Begriff „Jüngere“ als relative Darstellung begriffen haben will, denn es gibt in der VOS nicht mehr viele, die die 60er-Grenze noch nicht überschritten haben, sind jedenfalls tief beeindruckt von den gestandenen Vorkämpfern, die sich trotz hohen Alters ihren Lebensmut, ihren Humor und die Erinnerungen bewahrt haben und die sich immer noch an neue Aufgaben heranwagen. All dies (und noch mehr) trifft nämlich auf unseren Kameraden Kurt Zielinsky zu.

Davon abgesehen geht es auch etwas jünger: In Kürze wird nun auch Ehrhard Göhl, ehemals Bundesvorsitzender der VOS, einen runden Geburtstag begehen. Es ist die Acht, die dann das Alter dieses verdienstvollen Kameraden an der vorderen Stelle zielt. Auch ihm, der viel für die VOS und die SED-Opfer insgesamt getan hat, gratulieren und danken wir – viele andere ebenfalls – ganz herzlich.

Ein weiteres Mal erwähnen möchte ich auch einen anderen älteren VOS-Kameraden, über den bereits viel berichtet wurde. Es ist Heinz Richter, inzwischen 93 Jahre, der trotz der nach einem Unfall erlittenen Beschwerden mit großer Tatkraft für die Interessen der SED-Opfer eintritt und sich kürzlich einen Termin beim Hessischen Rundfunk verschaffte.

Auf ein Wort des Redakteurs

Inzwischen ist es so, dass wir mit unseren Forderungen und Wünschen nicht mehr ganz auf den hinteren Plätzen der Programme der großen Parteien stehen. Unsere Forderung nach Verbesserungen bzw. Anpassungen der Besonderen Zuwendung findet Gehör, was man in dieser Fg in mehreren Beiträgen nachlesen kann. Man sieht: Beharrlichkeit kann zum Erfolg führen, wobei wir auch die Erkenntnis mitnehmen, dass sich die Politiker doch darauf besinnen, welche Bedeutung der einstige Widerstand gegen die SED-Diktatur für die heutige Demokratie hatte und hat.

Es ist somit durchaus von Bedeutung, wenn einzelne Kameradinnen und Kameraden immer mal wieder durch Briefe oder persönliche mündliche Vorstöße bei Abgeordneten unsere Interessen zur Sprache bringen. Die Fg ist in solchen Fällen immer bereit, darüber zu berichten.

Eines der Top-Themen für diesen Sommer war bekanntlich die Abhöraffaire des US-Geheimdienstes, die offenbar gewaltige Ausmaße angenommen hatte und in die womöglich auch der hiesige Geheimdienst verwickelt sein könnte. Seitens linker Kreise wurden sofort passende Geschütze aufgeföhren, in denen sich vor allem Platzpatronen oder auch nur Mist befanden. Hieß es doch, so schlimm wie hier sei es bei der Stasi nicht gewesen, zumindest was das quantitative Ausmaß angeht.

Wirklich, man kann bestimmte Vorgänge kaum unverfrorener verfälschen und seine eigene Schuld auf den Nullpunkt bringen, als es

durch solche Behauptungen geschieht. Es mag gewiss richtig sein, dass es einem großen Skandal gleichkommt, wenn man in Massen die Daten von Bürgerinnen und Bürger aus anderen Nationen ausspioniert bzw. diese einfach abspeichert, um im Falle von Gewalttaten Abgleiche herzustellen und nach Tätern zu suchen. Egal, dass man hierbei als Motiv Schutzmaßnahmen für das eigene Land und dessen Menschen vorgibt.

Doch dies war nicht die Vorgehensweise der Stasi. Das „Schild und Schwert der SED“ ist unter Führung des Obersten Dienstherrn ganz anders zur Sache gegangen. Es hat ganz konkret Menschen ausspioniert, über sie Akten und Operative Vorgänge angelegt, um sie irgendwann zu inhaftieren, sie zu zermürben und zu zerstören. Oder es wurden Informationen zu bevorstehenden Grenzverletzungen gesammelt, um dem mutigen Akteur aufzulauern und ihn zu ermorden. Ich denke nur an Michael Gartenschläger.

Dabei wurde die Bereitschaft von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern, ob freiwillig oder erzwungen, bedingungslos ausgenutzt. Diese Machenschaften waren staatlich beschlossen und gedeckt, und sie wurden an entsprechenden Orten – sei es in „konspirativen Wohnungen“ – mit Prämien, Orden, Urkunden und lobenden Worten belohnt. Immer war es das erklärte Ziel der Stasi-Krake, jemanden zur Strecke zu bringen. So war es bei diesen menschenverachtenden „Ermittlungen“ keineswegs unüblich, Privatwohnungen abzuhören oder in Abwesenheit des Betroffenen in die Wohnung einzudringen, diese zu durchsuchen, Fotos und Skizzen anzufertigen und aufgrund der so gewonnenen Informationen nach der Verhaftung gezielte Fragen bei den „Vernehmungen“ zu stellen. Dass gleichzeitig auch das Brief- und Telefongeheimnis verletzt wurde oder Eheleute und Bettgefähr(t)innen ihre Partner und Partnerinnen im Auftrag der Stasi aushorchten und bespitzelten, wissen wir inzwischen sowieso.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe – Themen, Hinweise, Daten:

Titelseite

Laufen für die Erinnerung und zu Ehren der Opfer

Der Berliner Mauerlauf zieht Starterinnen und Starter aus vielen Ländern an

Redaktionsthema:

- Die VOS im Sommer: ruhige Zeiten?
- Die Abhörpraktiken der Stasi und der NSA 2

Gedenken und das Mahnen müssen bleiben

Im Juni gab es allein in Erfurt vier Veranstaltungen zum Volksaufstand von 1953 4

Menschen ohne Hirn und Ehrfurcht

Reaktion auf einen Beitrag von Siegfried Müller aus der vorigen Ausgabe 4

Ehrenrente: warum nicht angemessen?

- Die Forderungen wären vertretbar
- Abstufung nach Haftzeit denkbar 5

Regelungen sind nur bedingt anwendbar

Ein Hinweis zu einem Hinweis 5

Ein ganz fataler Vergleich und ein Irrtum!

EUP-Abgeordneter nennt Verbrechen der Stasi harmlos, nimmt dann aber seine Äußerung im Briefwechsel zurück 6-7

Eine erstaunliche Karriere

Der CSU-Politiker Markus Ferber im Porträt 7

Immer wieder neue Aktivitäten

Werner Juretzko in den USA mit einer wichtigen Ausstellung 7

In beiden Diktaturen zehn Jahre eingesperrt – und doch den Lebensmut bewahrt

Kurt Zielinsky ist 95 Jahre 8-9

Das schlappe Ende einer Dienstzeit

Brandenburgs MP wirft das Handtuch 9

Darf man dieser Äußerung glauben?

Gysi akzeptiert keine Minderheitsregierung 10

Dafür fehlt uns das Verständnis

Ehemaliges Haftopfer soll Ehrenpension zurückzahlen 10

Warum nicht über eine Klage?

Frage und Antwort und ein Argument 10

O P F E R R E N T E

- Eine Nachfrage beim Ministerium
- Die Antwort lässt aufhorchen
- Wir bleiben einfach dran 11

Der Transport war der blanke Horror

Der B 1000 für Gefangenentransport steht im Museum in Leipzig 12

Wir sind mal wieder Opfer zweiter Klasse

DDR-Symbole bleiben umstritten 12

„Wer das Paradies verlassen wollte“

Eine (leserbriefliche) Auseinandersetzung mit einem Marxisten 13

Wehe dem, der hierher geholt wurde

DDR-Jugendwerkhöfe und Kinderheime 13

Eigenwillig, aber klug und zuverlässig

80. Geburtstag eines wichtigen Kameraden 14

Das Schicksal in Büchern aufgearbeitet

Über den „Gläsernen Sarg“ und andere schlimme Erfahrungen (mit Leseprobe) 15

Das ist eine großartige Leistung

Hessen und Rheinland-Pfalz bekommen dank der gemeinsamen Initiative von Politik und VOS an drei wichtigen Orten Gedenktafeln
- Mit Presseerklärung, VOS-Ansprache und Gedenktafeltext 16-17

Gefangen, gequält, zu Tode gebracht

Auch vor Heinrich George machte der unmenschliche Terror der Sowjets nicht Halt 18

Es gibt immer die passenden Gesetze

„Mütterchen“ Russland und „Väterchen“ Zar und das Misstrauen der anderen Nationen 18

Posthum: Eine Comic-Figur zum großen Staatsmann erhoben

Der Rezensent quälte sich durch eine Scheinwelt sozialistischen Stils 19-20

Zu wenig Übereinstimmung mit der Wirklichkeit

Ehrhard Göhl über ein Buch über Bautzen II 21

Ein weißer Fleck an den Schulen

Über die unzureichende Geschichtsaufarbeitung mit jüngeren Generationen 22

Vergessene Drangsalierungen

Die „Volksarmee“ der DDR 22

Die Meinung gesagt:

Rentner haben weniger Realeinkommen 23

Der Bundesvorstand teilt mit:

Keine Beiträge auf Ehrenrente 23

Freiheit und Demokratie sind Schwestern

Lyrik in der Fg 24

„Ich kann es nur durch Kunst aufarbeiten“

Eine neue Ausstellung mit Gino Kuhn 24

Leserbriefe	4, 5, 10, 11, 22, 23
Notizen, Zitate,	4, 5, 11
Ausstellung, Vorträge, Lesungen	6, 13, 15, 24
Nachrufe	15
Impressum	16

Spender für die VOS

Es werden leider immer weniger, die spenden

Helmut Padel, Sabine Trompler, Wilma Möller, Eberhard Kaduk, Johannes Hönisch, Gerda und Josef Sigl, Hildegard und Hans Stein, Christine Liszwewski, Margarete Voigt, Heinz Richter, Walter Jürss, Mathias Kademann, Hubert Gärtig, Roland Liebold, Günter Prescher, Johann-Christoph Becke, Waltraud-Rosemarie Horn, Joachim Bergter, Helmut Kirchhoff, Ingrid Arena.

**Wir danken denen, die trotz eigener knapper Kasse immer noch etwas für UNS übrig haben.
UNS – das ist die VOS
Das sind wir ALLE!**

**Es wäre bedauerlich, wenn der Verband so kurz vor Erreichen des nächsten Zieles (höhere Opferrente) in die Knie ginge.
Nach 63 Jahren!**

Ehrung aller Opfer der II. Diktatur auf deutschem Boden

Der 60. Jahrestag des 17. Juni stand in Erfurt vier Mal im Zeichen der Erinnerungskultur

Das Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, stellvertretend für alle Opfer der II. Diktatur auf deutschem Boden, hatte in diesem Jahr vor allem in der Landeshauptstadt Thüringens eine Art von Hochkonjunktur. Gleich mit vier Veranstaltungen wurde diesem geschichtsträchtigen Ereignis Rechnung getragen.

So erfolgte eine Kranzniederlegung unter der Gedenktafel der VOS im Bereich des Besucher-
eintrags für die Gedenk- und Bildungsstätte in der Erfurter Andreasstraße, die durch den Landesvorsitzenden der VOS Landesgruppe Thüringen, Wolf-Dieter Meyer, eingeleitet wurde.



Mit Genugtuung konnten die politischen Opfer des SED-Regimes die Ministerpräsidentin des Freistaates in ihrer Rolle als Landesvorsitzende der CDU Thüringens begrüßen, die sich trotz zahlreicher weiterer Termine an diesem Tage in Vorbildfunktion für die nachhaltige Pflege der Erinnerungskultur einsetzte.

Anschließend wurde im Inneren des Objektes die Einweihung des Freihofes mit einer Rede des Vorsitzenden der Stiftung Ettersberg, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen eingeleitet und durch den Kultusmi-

nister Christoph Matschie in einem entsprechenden ausführlichen Beitrag ergänzt.

Die unmittelbar nach der Wende abgerissenen Mauern des Stasi-Freihofes waren im Vorlauf durch eine künstlerische Rekonstruktion in Form von transparenten Metallgitterwänden umgestaltet worden, so dass diese Räume in ihrer Gesamtheit als ständiger Gedenkort genutzt werden können (Foto rechts). Am Tage der Eröffnung wurden hier bewege-



gende Texte – darunter Briefe von ehemaligen Häftlingen – durch Künstler und Zeitzeugen der Freiheit e.V. vorgetragen.

Zum Abschluss konnte ein mit viel Engagement aus mehrheitlich Originalteilen rekonstruierter Kleintransporter vom Typ

Barkas B 1000, der vormals in dieser Form als Gefangenentransporter diente, von Freunden aus dem Eichsfeld vorgestellt werden.

Die Veranstalter der Gedenk- und Einweihungsfeier bekamen von den Teilnehmern und Besuchern zu Recht ein vielstimmiges und ungeteiltes Lob.

Wolf-Dieter Meyer

Auf dem Foto links Frau Lieberknecht, daneben Herr Matschie

Warum hat Gott diese Menschen mit einem Gehirn ausgestattet?

Zum Leserbrief von Siegfried Müller in Fg 728 „Ich würde nicht wieder auf die Straße gehen und demonstrieren“

Sehr geehrter Kamerad Siegfried Müller,

☒ ich stimme dir und deinem Artikel aus der letzten Fg voll zu, und ich möchte dir meine Gedanken dazu mitteilen.

Diese Menschen, von denen du in deinem Beitrag schreibst, lebten in der Angst vor dem Verlust ihrer eigenen Lebenssubstanz.

Man bot ihnen ein wohlbehütetes, sorgenfreies, unproduktives, fremdbestimmtes Leben an. Sie mussten sich nur Autoritäten unterwerfen, an denen sie selber unter keinen Umständen rütteln noch von anderen rütteln lassen wollten.

Es handelte sich um Betroffene, denen man den Glauben an das Gute im Menschen und an eine demokratische Gesellschaft und Zukunft genommen hatte. Ja manchmal frage ich mich allerdings allen Ernstes, warum

Gott diese Menschen mit einem Gehirn ausgestattet hat, obwohl doch ganz sicher für sie auch das Rückenmark gereicht hätte. Alles im Leben hat mit der Ehrfurcht vor eben diesem Leben zu tun. Doch diese Ehrfurcht haben diese Menschen ganz offensichtlich abgelegt und werden sie niemals wieder erlangen.

Klaus Dörfert

Das Zitat: Prügele einen Hund nach Strich und Faden durch, und du wirst ihn bis an sein Ende zum Feind haben. Ein Mensch hingegen wird dir erst recht die Stiefel lecken. *B. Th.*

Es wäre genug Geld da – auch für die Opfer

Einige Anmerkungen zu den Bundesausgaben

☒ Oft höre und lese ich, Millionen oder Milliarden Euro werden von der Bundesregierung als Hilfe für die Welt geleistet. Weitere Millionen und Milliarden Euro werden aufgrund von Fehlplanungen sinnlos vergeudet.

Man gedenkt der Opfer vergangenen Unrechts: Denkmale, Gedenkstätten und –tafeln werden eingeweiht und enthüllt, Kränze werden niedergelegt.

Das alles – die Fehlplanungen und Vergeudungen ausgenommen – ist in Ordnung. Warum aber schafft es der Staat nicht, den Opfern (der SED-Diktatur) eine angemessene Ehrenrente zukommen zu lassen? Dann hätte das ständige Hin und Her ein Ende!

Gemessen an den oben genannten Ausgaben sind doch die Forderungen der Diktatur-Opfer verschwindend gering.

Geld ist doch genug vorhanden. Wie allgemein bekannt, erhöht sich das Steueraufkommen für 2013 unerwartet deutlich. Die Rentenkassen sind prall gefüllt.

Warum geht man nicht auf unsere – vergleichsweise geringfügigen – Forderungen ein?

Karl-Heinz Genath

Ins Tagebuch der kritischen Gedanken gefragt

Fußball ist das Spiel der Deutschen! Die Nationalmannschaften sind unsere absoluten Lieblingsteams. Sowohl die Frauen wie auch die Männer sind sehr erfolgreich. Man schreibt dies sogenannten deutschen Tugenden zu, denn Kampfgeist, Fairness und Spielfreude zeichnen beide deutsche Nationalteams traditionsgemäß aus.

Allerdings gibt es einen Unterschied, der die Zuschauer vor allem an den Fernsehbildschirmen verwirrt: Wenn vor dem Spielanpfiff die deutsche Nationalhymne gespielt wird, singen beim Männerteam meistens nur drei oder vier Spieler mit. Beim Frauenteam sind es alle Spielerinnen, die mitsingen.

Wer könnte hier von wem lernen?

Paul G. Thiesreuther

Die Bevölkerung war mehr als traurig

Der 13. August 1961 Mauerbau und das verlogene System der DDR

„Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.“ Es begann mit den schrecklichen Schauprozessen in der DDR. In den absurden Anklagen gegen die „Feinde des Volkes“ sah man einen Verzweiflungsakt eines in die Enge getriebenen Regimes (Massenpsychose) oder eine Mischung von beidem.



Die Bevölkerung in Ost und West war mehr als traurig über die Entwicklung in Richtung 13. August 1961, dem Tag des Mauerbaus, der uns innerhalb kurzer Zeit 1.400 km innerdeutsche Grenze bescherte und bis zum Fall der Mauer 1.393 Tote hinterließ.

Doch fällt mir trotzdem kein anderes Beispiel in den letzten 60 Jahren zu nennen ein, bei dem man unmittelbar am Hoffen und Zweifeln und am Triumph eines ganzen Volkes teilnehmen konnte. Also liebe Kameradinnen und Kameraden, gedenken wir am 13. August 2013 der Toten und feiern das (wieder)vereinte Deutschland.

Klaus Dörfert

Kranzniederlegung, Gedenkrede, die Erinnerung an die Opfer – dieses Jahr wie jedes Jahr. Auch wenn es manchem wie ein routinemäßiger oder obligatorischer Akt erscheinen mag, der allein der Pflicht genügt, das Gedenken an den 13. August 1961 ist ebenso ein unverzichtbares Zeremoniell wie die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 und an dessen Ende im Jahr 1945. Oder an den Tag des Mauerfalls 1989 oder den Volksaufstand vom Juni 1953. *H. D.*

Zusätzliche Leistungen

Zu dem Beitrag in Fg 728, S. 4

☒ Wer einen Blick in die Arbeit unserer Forscher nehmen möchte, kann kostenlos die Zeitschrift *Max-Planck-Forschung* bestellen, die bei der Pressestelle der selbigen Stiftung anzufordern ist (Postfach 10 10 62, 80 084 München).

Bezüglich des Hinweises in Fg 728, Seite 4 „Antragsteller werden heute nicht anders als ‚damals‘ mürbe gemacht“ möchte ich an dieser Stelle einige kritische Ergänzungen loswerden.

Vielen VOS-Mitgliedern sind die hierzu geltenden notwendigen gesetzlichen Bestimmungen nicht bekannt, so bis heute auch mir nicht. Nun liest man da etwas von vom BVG, § 1 - 2 und schlussfolgert, jetzt könne man unter Berufung auf diese Bestimmung das Versorgungsamt verklagen.

Das geht aber nicht – und dem abgedruckten Leserbrief fehlt der Hinweis, dass die Regelungen des BVG nur für solche Personen gültig und anwendbar sind, denen bereits eine Versorgungsrente zugeordnet wurde. Erst dann hat er einen Anspruch auf einen Krankenversicherungsausweis ähnlich dem der Berufsgenossenschaften und kann medizinische Leistungen damit bekommen, zusätzlich zu den Leistungen der Krankenkassen.

Fritz Meyer

Was unsere Forderungen angeht!

☒ Wofür können wir Anerkennung fordern?

Ich denke, in erster Linie doch für politische Inhaftierungen, also für geleisteten Widerstand gegen eine deutsche Diktatur. Dass dies mit dem Begriff „Ehre“ – und zwar der Ehre für unsere Bundesrepublik – einhergehen sollte, kann man doch wohl kaum bestreiten.

Kann man einen solchen kämpferischen Einsatz nach Monaten der Inhaftierung bzw. Haftdauer messen?

Ich halte eine Abstufung bzw. eine Mindestzeit von einem halben Jahr für sehr verwirrend. Und die Forderung nach einem Inflationsausgleich? Sie sollte uns selbstverständlich erfüllt werden.

Wolfgang Schmidt

„Sehr geehrter Herr Ferber, warum schreibe ich Ihnen das?“

Die Äußerung eines Europa-Abgeordneten können ehemalige politische Häftling der DDR und selbst Mitglieder der eigenen Partei nicht nachvollziehen. Über ein Interview, das Fragen nach sich zieht

Am 14. Juli 2013 veröffentlichte die Tageszeitung *Die Welt* ein Interview mit der deutschen Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner, in der es weitestgehend um Abhörpraktiken des Geheimdienstes NSA (National Security Agency) ging. Frau Aigner wurde in diesem Interview daraufhin angesprochen, ob sie ein keineswegs unumstrittenes Zitat ihres Parteifreundes Markus Ferber, der Abgeordneter im Europäischen Parlament ist, teile. Frau Aigner schuf mit ihrer Antwort einige Distanz zwischen sich und Herrn Ferber, indem sie erwiderte: „Ich bin da zurückhaltender. Wir dürfen die Verbrechen der Stasi nicht verharmlosen“.

Auf den Sachverhalt aufmerksam wurde Kamerad Michael Rutkowski (VOS-Bezirksgruppe Hamburg), der sich mit einem Schreiben direkt an den Abgeordneten des Europäischen Parlaments wandte und um Aufklärung nachsuchte. Michael Rutkowski war aufgrund seiner kritischen Einstellung zur DDR und später wegen eines Fluchtversuchs verurteilt und inhaftiert worden. Er wurde 1978 von der Bundesregierung freigekauft. Der unpassende Vergleich von NSA und MfS stößt bei ihm auf Unverständnis.

Bitte lesen Sie zum Thema Vergleich von Stasi und NSA auch die entsprechenden Ausführungen auf Seite 2 dieser Fg („Auf ein Wort des Redakteurs“).

Sehr geehrter Herr Ferber, In diesem Interview (*Die Welt*, 14. Juli 2013 – d. Red.) äußert sich Frau Aigner zur einer Aussage, die Sie im Zusammenhang mit den Internetüberwachungen der NSA gemacht haben: „Ich halte das, was die Stasi gemacht hat, im Vergleich zu dem, was die Amerikaner gemacht haben, für harmlos.“

Da werden sich die alten SED und Stasi-Genossen aber gefreut haben. Für ihr 40-jähriges „harmloses Wirken“ im Kampf gegen die Gegner der Diktatur im Innern und gegen die Demokratie in der Bundesrepu-

blik bekommen diese „Genossen“ die von der SED ausgelobten Zusatzrenten auch vom einstigen Feind überwiesen. Viele, die noch arbeiten, haben nahtlos einen Bürostuhl in allen möglichen Ämtern gefunden. Besonders „harmlose“ Stasi-Offiziere sitzen auch heute noch in Landeskriminalämtern.

Im Jahr 1974 – ich war 17 Jahre alt und Lehrling bei der Deutschen Reichsbahn in Ostberlin – dehnte dieses von der SED als „Schild und Schwert der Partei“ gelobte Terrororgan seine harmlose Tätigkeit auf mich aus. Ich habe einen Lehrling aus meiner Berufsschulklasse nicht

Das Zitat des Abgeordneten des Europäischen Parlaments Markus Ferber lautet: „Ich halte das, was die Stasi gemacht hat, im Vergleich zu dem, was die Amerikaner gemacht haben, für harmlos.“

denunziert, der in den Westen flüchten wollte. Es wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Die Stasi erschien zu einem Tribunal in der Klasse, und nachdem herauskam dass auch ich eine negative Einstellung zur SED-Politik habe, wurde mir der Personalausweis entzogen und ich sollte einen PM 12 (Ausweis für politisch Unzuverlässige) erhalten. Mit 18 Jahren habe ich dann 1975 mehrere Ausbürgerungsanträge gestellt. Die Überwachungsmaßnahmen des Mielke-Organs wurden verstärkt. Ich erhielt einen schlechter bezahlten Einzelarbeitsplatz, um den Kontakt zu Kollegen einzuschränken. Im Sommer 1975 fand in Ostberlin eine Konferenz der europäischen KP (Kommunistischen Parteien) statt. Für diese Konferenzwoche in Ostberlin, erteilte man mir ein Aufenthaltsverbot für Ostberlin, obwohl ich dort arbeitete.

An den Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises erinnert mich noch sein Drohung „Es kostet mich einen Anruf, Sie aus dem Verkehr ziehen zu lassen!“ Als „Orientierungshilfe“ fand ich das „Gesetzblatt über die Ordnung im Strafvollzug der DDR“ im Briefkas-

ten, in die Tageszeitung eingelegt, vor.

Nachdem alle Ausbürgerungsanträge abgelehnt wurden, unternahm ich im August 1976 mit einem Freund einen Fluchtversuch an der tschechisch-österreichischen Grenze. Nachdem man uns verhaftet hatte, holten uns harmlose Zivilisten im Flugzeug aus Prag ab. Ich kam ins Potsdamer „Lindenhof“ Untersuchungsgefängnis des MfS. Die „Begrüßung“ lautete: „Na Rutkowski, so hast du dir das Ende deiner Reise wohl nicht vorgestellt?! Wenn du nicht sagst, was wir hier hören wollen, fliegst Du gleich in die Ecke!“

Einen Tag später ging es zum Fotografieren. Nachdem er mich aus der Zelle herausgebrüllt hatte, trat mir dieser „harmlose“ Fotograf in den Hintern.

Nach der Verurteilung zu zwei Jahren und neun Monaten Haft lernte ich dann noch solche Orte wie das Zuchthaus Cottbus und das Zuchthaus Brandenburg-Görden kennen. In Brandenburg verbrachte ich insgesamt 54 Tage im Arrestbunker und mehrere Monate in Einzelhaft. „Der Strafgefangene R. gehört zu den hartnäckigen Arbeitsverweigerern, aus politischen Motiven. In der Zelle wirkt er durch staatsfeindliche Äußerungen auf Mitgefangene ein. Deshalb wird Einzelhaft angeordnet.“ So steht es in den Akten.

Am 6. Dezember 1978 konnte ich mit anderen Haftkameraden den Bus der Linie Chemnitz-Gießen besteigen. Es war für uns alle eine Erlösung!

Warum schreibe ich Ihnen das?

Im Gegensatz zu den wohlversorgten Genossen aus der SED und Stasi-Riege, hat man bei den aktiven Gegnern der SED-Diktatur den ehemaligen politischen Häftlingen, weniger Fürsorge an den Tag gelegt. Die Gewährung der Opferrente von 250 Euro wurde mit einer Sozialprüfung verbunden. Ein Inflationausgleich ist ebenfalls nicht vorgesehen. Es ist ein Ausdruck von Geringschätzung und offensichtlicher Gleichgültigkeit der politischen Entscheidungsträger. →S. 7

Fortsetzung von Seite 6 (Brief von Michael Rutkowski an Markus Ferber):

Die Sozialprüfung gehört ersatzlos gestrichen, und ein Inflationsausgleich ist erforderlich.

Für die SED und Stasi-Rentner ist schon lange genug Geld da.

Hoffentlich lesen die zukünftigen „Entscheider“ nicht Ihren Satz. „Ich halte das, was die Stasi gemacht hat, im ... für ...!“ Na, Sie wissen schon, Herr Ferber!

Michael Rutkowski

PS Ich möchte dieses Schreiben und Ihre Antwort in der Freiheitsglocke der VOS öffentlich machen.

Verehrte Leserinnen und Leser, bitte nehmen Sie das nachfolgend gedruckte Antwortschreiben zur Kenntnis, mit dem der Abgeordnete Markus Ferber auf den Brief von Michael Rutkowski reagiert hat:

Sehr geehrter Herr Rutkowski, haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Juli, in dem Sie mir die Gedanken und Anliegen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. nahebringen möchten.

Mit großer Betroffenheit habe ich Ihr Schreiben gelesen, das mit dem Schildern Ihrer eigenen Geschichte, eine ganz besondere Note erhält und mich zutiefst bewegt hat. Die Spal-

Schnelle Aufklärung als Aufgabe der Politik – wie trägt das Europäische Parlament dazu bei?

Eine schnelle Antwort des Abgeordneten Markus Ferber

tung Deutschlands und die schweren Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen innerhalb der DDR stellen einen traurigen Abschnitt in der Nachkriegshistorie Europas dar und sind zu keinem Moment zu verharmlosen.

Die systematische und flächendeckende Überwachung von Bürgern durch einen Staat ist, wie uns der Vorfall mit der NSA nun bedauerlicherweise vor Augen geführt hat, ein Problem, dass nicht nur der Vergangenheit angehört, sondern uns auch heute noch beschäftigt.

Ich halte es für äußerst gefährlich Ereignisse gegeneinander abzuwiegen, die vom Tatbestand her zwar ähnlich sind, aber im historischen Vergleich nicht undifferenziert zu betrachten sind.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war innenpolitisch vor allem ein Unterdrückungs- und Überwachungsinstrument der SED gegenüber der DDR-Bevölkerung, das dem Machterhalt diente. Dabei setzte es als Mittel Überwachung, Einschüchterung, Terror und die so genannte Zersetzung gegen Oppositionelle und Regimekritiker ein. Die National Security Agency ist für die weltweite Überwachung, Entschlüsselung und Auswertung elektronischer Kommunikation zuständig und in dieser Funktion ein Teil der

Intelligence Community, in der sämtliche Nachrichtendienste der USA zusammengefasst sind. Idee war jedoch die Zusammenarbeit mit Geheimdiensten befreundeter Staaten und keine heimlichen Abhörmissionen.



Aufgabe der Politik ist es nun schnelle Aufklärungsarbeit zu leisten, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und das Vertrauen der Menschen wieder zurückzugewinnen. Dafür setze ich mich hier in Europa auch weiterhin ein und hoffe Ihr Vertrauen auch zukünftig hierfür zu erhalten. In der Hoffnung, Ihnen behilflich gewesen zu sein, verbleibe ich.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Markus Ferber, MdEP

©Foto: www.Markus-Ferber.de

Frühe Entscheidung für die erfolgreiche Arbeit in der Politik getroffen

Einige Informationen über den EP-Abgeordneten Markus Ferber

☞ Wer mehr über den Politiker Markus Ferber und seine Aktivitäten erfahren möchte, kann sich am besten im Internet und insonderheit auf dessen Web-Site www.Markus-Ferber.de erfahren. Bitte **unbedingt** das – zwischen Vor- und Nachnamen beachten, da man sonst an einer gleichnamigen Adresse eines anderen Users einloggt.

Für die Kameradinnen und Kameraden, die über keinen Internetanschluss verfügen, hier ein paar Kurz-Infos:

Markus Ferber wurde 1965 in Augsburg geboren, er trat bereits mit 18 Jahren der CSU bei, in der er intensiv mitarbeitete und zahlreiche Stationen in verschiedenen Regio-

nen als Vorsitzender durchlief und zu deren Parteivorstand er seit 1999 gehört. Den Schwerpunkt seiner Arbeit setzte er neben den Aufgaben im Bundesland Bayern im Europäischen Parlament, dem er bereits seit 1994 angehört, also mit noch nicht mal 30 Jahren, und wo er früh eine wichtige Rolle spielte.

Herr Ferber hat sein Abitur in Augsburg abgelegt und später an der Technischen Universität München Elektrotechnik studiert. Er arbeitete später als Entwicklungs- und Vertriebsingenieur. Vor dem Studium leistete er seinen Grundwehrdienst bei der Bundeswehr ab.

Die VOS bedankt sich bei Herrn Ferber für die Bereitschaft, sich auf

der Ebene der Europa-Politik für eine gerechte Betrachtung der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Deutschland einzusetzen und sich auch für die Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur stark zu machen. A. R.

Ausstellung in den USA

Werner Juretzko weiter aktiv

☑ Vorstand und Redaktion empfehlen allen interessierten Internetnutzern, sich über die neuen Aktivitäten unseres in den USA lebenden Freundes Werner Juretzko zu informieren. Unter der www.eaaapps.org/presenterinfo.aspx?id=794 oder coldwarhistory.us, wo es Angaben zu neuen Ausstellungen gibt.

Die erlebte Gewalt, das Unrecht und das Elend bleiben gegenwärtig

Kurt Zielinsky, einer der gestandenen VOS-ler begeht im August seinen 95. Geburtstag

Wer in Berlin geboren ist, den zieht es, wenn er seiner Heimat einige Zeit den Rücken gekehrt hat, eigentlich mit Macht wieder dorthin. Berlin ist nun mal Berlin. Bei Kurt Zielinsky, der aus Berlin stammt und am 22. August seinen 95. Geburtstag feiert, ist das nicht so. Er lebt nun schon seit mehr als einem halben Jahrhundert ein gutes Stück von seinem Geburtsort entfernt, wobei er sich ein wahrlich schönes Fleckchen im unterfränkischen Maintal ausgesucht und sich dort eine gefestigte Existenz als angesehener Mitbürger aufgebaut hat.

Dass Kurt Zielinsky aus Berlin wegging, hat nicht unbedingt mit Freiwilligkeit zu tun. Jemand, der wie er im Jahr 1918 zur Welt kam, hatte zwangsläufig das Pech, zwei Diktaturen erleben zu müssen. Kamerad Zielinsky erwischte es dabei besonders hart, wurde er doch sowohl im Dritten Reich wie auch unter der kommunistischen Herrschaft eingesperrt, wobei er die Haft in der damaligen DDR gegenüber der in der NS-Zeit als wesentlich schlimmer schildert.

Die Haftgründe hingegen sind in beiden Fällen ähnlich. Beide Male waren es angeblich subversive Handlungen, die ihm die Strafe einbrachten. In der Zeit der Nazi-Herrschaft war Kurt Zielinsky Mitglied im CVJM (Christlicher Verein Junger Männer), für den er auf offener Straße harmlose Handzettel verteilte. Obwohl noch minderjährig, holte man ihn ab und schaffte ihn nach Struveshof im Raum Ludwigsfelde/ Großbeeren. Hier befand sich eine Straferziehungsanstalt für Jugendliche, die später auch mehrere Jahre in der DDR als Jugendwerkhof genutzt wurde.

Die Einweisung war ohne Verurteilung erfolgt und daher auch unbefristet. Struveshof war zu jener Zeit – wie auch in der DDR – äußerst berüchtigt. Man registrierte zahlreiche Fluchtversuche. Immerhin konnte Kurt Zielinsky dort eine landwirtschaftliche Lehre absolvieren, die ihm hinsichtlich seiner beruflichen Tätigkeit später sogar zugutekam, so dass er dort drei

Jahre aushielt und regulär entlassen wurde. Allzu viel nützte ihm diese Entlassung jedoch nicht, denn der Krieg begann, und auch Kamerad Zielinsky musste die Uniform anziehen. Er kam in den mittleren Abschnitt der Ostfront und wurde im März 1943 in Russland verwundet. Es war ein Schuss in den linken Unterarm, der ihm bis heute zu schaffen macht, ihm allerdings den weiteren Einsatz in der Wehrmacht und auch den Weg in die Gefangenschaft ersparte. Der Kriegsmaschinerie als solcher konnte er sich freilich nicht entziehen, er musste bis zum Einmarsch der Sowjets im brandenburgischen Zühlsdorf für BMW Flugzeugmotoren montieren.



Nach dem Krieg und der Besatzung durch die sowjetischen „Freunde“ stand die Frage, ob Kurt Zielinsky die Ostzone verlassen und sich im Westen ein sicheres Plätzchen suchen sollte, zumal bereits Verwandte und Freunde diesen Weg eingeschlagen hatten. Nein, Kurt Zielinsky entschied sich zu bleiben. Sei es die Lebensmittelknappheit in jener Zeit oder die Experimentierlust des inzwischen etwa Zwanzigjährigen, er zog in die Umgebung von Prenzlau und übernahm einen Bauernhof. Lange währte diese Phase freilich nicht, denn eines Tages kamen drei russische Armeeangehörige und holten ihn ab. Es war das, was wir aus zahllosen anderen Schilderungen kennen und

was uns immer noch einen Schauer verursacht: „Mitkommen zu einer Befragung; morgen sind Sie ja wieder zu Hause.“

Es wurden sieben Jahre, die Kurt Zielinsky von zu Hause wegbleiben musste. Man brachte ihn in Handschellen nach Bernau und von dort in die Untersuchungshaftanstalt in Potsdam, im Volksmund „Lindenhotel“ genannt. Von dieser Station an ging es dann „voll zur Sache“, was die Leserinnen und Leser längst auch aus anderen Schilderungen wissen. Kurt Zielinsky wurde von jener ordinären Dolmetscherin, die wir aus anderen Berichten kennen, mitgeteilt, er solle Aktionen gegen die sowjetischen Besatzer geplant und vorbereitet haben. Eine Unterstellung, an der nichts Wahres gewesen war und zu der er keine Auskunft gab. Ebenso wenig war er in der Lage, Freunde zu nennen, die sich feindlich gegen die Sowjets verhielten. Da er sich bei allen Vernehmungen meist in Schweigen hüllte, bekam er verschärfte Haftbedingungen und musste mehrfach in einer Wassertonne stehen. Schließlich wurde er bei einer Vernehmung gefragt, ob er eine Pistole haben wolle, um sich selbst zu erschießen. Als er bejahte und nach der Waffe, die man vor ihm auf den Tisch gelegt hatte, griff, wurde er brutal zusammengeschlagen.

Nach drei Wochen endete die Haft im „Lindenhotel“. Mit einer Strafe von 25 Jahren wurde Kurt Zielinsky nach Bautzen gebracht. Dies war im Jahr 1950. Im dortigen Zuchthaus verbrachte er die schlimmste Zeit seines Lebens. Mit 300 Gefangenen in einem Saal, auf zweistöckigen Pritschen und mit jämmerlicher Verpflegung begann es unter den gequälten Häftlingen immer heftiger zu brodeln. Kurt Zielinsky erinnert sich bis heute gut an die Kravalle und den Aufstand. „Wir hingen an den Gittern, und ich gab jeweils die Losungen vor, die von den anderen im Chor wiederholt wurden: ‚Wir rufen das Rote Kreuz!‘ und ‚Wir fordern Freiheit!‘

→ Seite 9 oben

Das bekam uns bitter. Vor allem mir.“ Kurt Zielinsky wurde von der Wachmannschaft als Anführer herausgepickt und musste Spießruten laufen. Höhnisch wurde ihm erklärt: „Du hast das *Rote Kreuz* gerufen, jetzt kriegst du ein *blaues Kreuz*!“. Gleich darauf setzten die Tritte und Schläge ein. Der Name des berüchtigten Schießers Schulze ist ihm noch besonders in Erinnerung.

Obwohl diese Gewalttaten mehr als sechs Jahrzehnte zurückliegen, haben sie sich fest eingepreßt und bewegen den nunmehr 95-Jährigen, als seien sie gestern geschehen.

Auch die Erinnerung an den „Akt der Begnadigung“ ist ihm – nicht zuletzt wegen der großen Verbitterung, die er empfand – noch gegenwärtig. „Man führte mich nach fast sieben Jahren in einen Raum und teilte mir mit, dass ich durch die Großzügigkeit der Staatsorgane auf sieben Jahre begnadigt worden sei. Welch ein Hohn.“ Und eine Kränkung zudem.

Nicht minder gekränkt fühlte sich Kurt Zielinsky, als er nach der Entlassung die Heimfahrt im Zug antrat. Man hatte ihm den Kopf kahlgeschoren, was zur damaligen Zeit ein deutliches Stigma war. „Mir war das peinlich“, sagt er aufgebracht. „Heute gilt es ja als modern und chic, eine Glatze zu tragen. Aber damals war es ein Merkmal, dass mit dem Betreffenden etwas nicht stimmte.“

Nach der Entlassung blieb Kurt Zielinsky nicht mehr lange in der DDR. Er setzte sich nach West-Berlin ab und ging über das Notaufnahmehaus Marienfelde nach Westdeutschland. In Franken fand er eine neue Heimat, in der er bis heute als angesehener Bürger lebt. Zu seinem 95. Geburtstag ist eine exklusive Feier geplant, zu der der

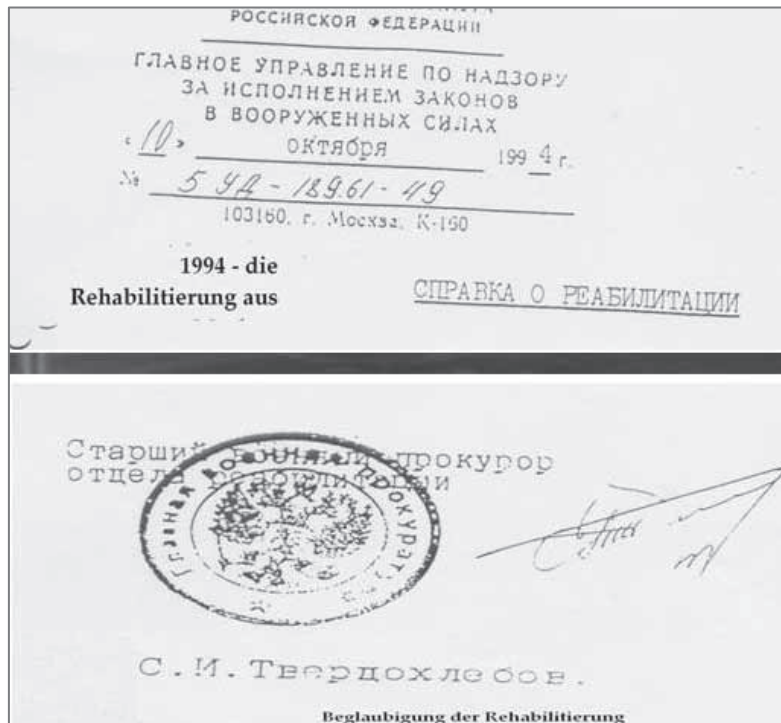
Bürgermeister seines (neuen) Heimatortes und zahlreiche weitere Gäste erwartet werden. Schließlich hat Kurt Zielinsky durch seine beruflichen Aktivitäten auch „ein bisschen was“ für die Mitmenschen und die deutsche Wirtschaft getan. Als Unternehmer einer mittelständigen

im Rollstuhl, und die Schussverletzung aus dem Krieg schränkt die Beweglichkeit ein. Die Rente, die er erhält ist mit 680 Euro im Monat unter dem Durchschnitt der Bundesbürger. Insofern ist die Opferrente, für die auch er gekämpft hat, mehr als wichtig.

Pflege und Liebe erhält Kurt Zielinsky von seiner Frau. Sie ist bedeutend jünger als er, hat sich aber schon vor etwa drei Jahrzehnten für ihn entschieden und wird ihm auch an seinem großen Ehrentag zur Seite stehen.

Auf jeden Fall sind an diesem 22. August auch die Gedanken der Kameradinnen und Kameraden der VOS bei dem Jubilar. Vorstand und Redakteur wünschen Kurt Zielinsky ein gelungenes Fest und danken für die jahrzehntelange Mitgliedschaft und die damit verbundenen Verdienste. Natürlich geht mit diesen Wünschen auch der (ernstgemeinte)

Hinweis einher: Das nächste markante Ziel ist der einhundertste Geburtstag, der in unseren Reihen quasi eine Pflichtvorgabe ist. A. R.



schen Firma mit etwa dreißig Angestellten pflegte er Kontakte und Handelsbeziehungen zu großen Konzernen wie Degussa und verzeichnete gute Umsätze.

Natürlich ist Kurt Zielinsky einer, dem die VOS viel bedeutet. Gleich nach seiner Ankunft 1957 in der Bundesrepublik schloss er sich unserem Opferverband an. Das Schicksal der vielen ehemaligen und der damals immer noch politisch inhaftierten Kameradinnen und Kameraden ging ihm nahe. Er wollte soziale Verbesserungen erreichen und kämpfte mit anderen Kameraden, voran der langjährige Bundesvorsitzende Richard Knöchel, um jeden kleinen Schritt. Immer wieder ging es um die Themen Opferrente und gesundheitliche Rehabilitation. Und nachdem die Mauer gefallen war, beteiligte er sich aktiv an der Aufarbeitung des SED-Unrechts und nahm zweimal an der Generalversammlung in Friedrichroda teil.

Die Härten des Lebens und das hohe Alter haben Kurt Zielinsky freilich einige Einbußen in gesundheitlicher Hinsicht beschert. Er sitzt

Platzeck hat aufgegeben Bleibt Brandenburg rot-rot?

☞ Nach dem Rücktritt des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Mathias Platzeck hat sich dessen designierter Nachfolger Woidke zur bestehenden Koalition mit der Linken bekannt, aber sich nicht eindeutig zu einer neuen Konstellation nach der Wahl in 2014 geäußert. Nach Woidkes Worten halte sich die SPD auch ein gemeinsames Regieren mit der CDU offen. Dass er sich mit derlei Ankündigungen zwischen zwei Stühle setzen könnte, scheint Woidke nicht bewusst zu sein, zumal auch das Erbe, das Platzeck hinterlässt nicht eben glorreich erscheint. Der Rücktritt Platzecks gleicht durchaus auch einer politischen Bankrotterklärung. Brandenburg ist das einzige Bundesland, in dem die Linke noch an der Regierung beteiligt ist. B. Thonn

Entweder oder! Linke will keine Minderheitsregierung tolerieren

Ist die Äußerung von Fraktionschef Gysi ernst zu nehmen?

🔔 Wie die Presseagenturen im Juli melden, hat Linke-Fraktionschef Gregor Gysi eindeutig eine Absage an die Variante *Duldung einer Minderheitsregierung von Rot-Grün bzw. Grün-Rot* erteilt. Für Gysi (und somit für Die Linke) käme demnach eine Beteiligung an einer Regierung Rot-Grün-Rot oder Grün-Rot-Rot in Frage oder man verlege sich auf das weitere Aushalten in der Opposition. (Gysi: „Ich will es richtig.“)

Im Falle einer Regierungsbeteiligung wäre Die Linke zu Zugeständnissen gegenüber den demokratischen Parteien bereit. So gehöre eine Auflösung der Nato nicht zu den unmittelbaren Zielen, weil dies nicht durchsetzbar sei.

Seitens der SPD und B'90/Grüne besteht gegenüber der Linken (vorerst) definitiv Ablehnung. Ob es dabei bleibt, ist nicht abzusehen. Sobald sich rechnerische Möglichkeiten für einen Regierungswechsel anbieten, könnte alles Vorhergesagte unbedeutend werden. Dies kennt man aus Jahrzehnten politischen Handelns, nicht nur seitens der Sozialdemokraten.

Nach den Umfragewerten im August wird die Wahl knapp ausgehen. Auch wenn der FDP der Einzug in den Bundestag gelingt, könnte es zu einem Gleichstand kommen, bei dem Die Linke das Zünglein an der Waage werden kann. Ansonsten wäre wie vormals eine sogenannte große Koalition von den Unionsparteien und der SPD unumgänglich. Für Die Linke würde das ein weiterer Schritt in die Bedeutungslosigkeit sein, zumal sie nicht mit eigenen wirklich interessanten Themen aufwartet und ihr Anteil an den Nichtwählern – vornehmlich in den neuen Bundesländern – durchaus noch steigen könnte. Nachdem sie in den alten Bundesländern zunehmend auf der Strecke bleibt, ist absehbar, dass die Stimmen im Osten mittelfristig nicht mehr reichen werden, um bei der Bundestagswahl noch über die Fünf-Prozent-Hürde hinwegzukommen.

Tom Haltern

Sind politische Opfer der DDR gar nichts mehr wert?

Ein ehemaliger Häftling soll 8.500 Euro der Opferrente zurückzahlen. Ist das gerecht?

☒ Ich erhielt nach Antrag die Zusatzentschädigung (Besondere Zuwendung) von monatlich 250 € auf mein Konto überwiesen, da ich in der DDR wegen versuchter Republikflucht zwei Jahre Haft verbüßt habe. Nach meiner Haftentlassung hatte ich im Wohnungsbaukombinat bei Arnstadt bis zur Wende als Schlosser, später dann als Meister gearbeitet. Diesen Meisterabschluss hatte ich trotz vieler Schwierigkeiten zuvor gemacht, wodurch ich nach der Wende als Selbständiger die Schlosserabteilung des Betriebes übernehmen konnte. Letzteres musste ich tun, da ansonsten die Familie und einige Arbeitskollegen arbeitslos geworden wären. Meine Firma besteht trotz vieler Verluste durch Insolvenz von Bauträgern und Auftraggebern heute noch und wird nun von meinen Kindern weitergeführt. Meine angestellten Kollegen mussten keinen Tag auf ihr Geld warten. Ich hingegen musste mich mit meiner Familie immer einschränken, damit die Firma weiter existieren konnte.

Als Rente bekomme ich 760 Euro einschließlich einer Betriebsrente. Das ist lachhaft. Um mir hin und wieder einen Urlaub leisten zu können, muss ich nebenbei im Betrieb mitarbeiten und habe dadurch ein kleines zusätzliches Einkommen.

Nun erhielt ich von der Behörde einen Bescheid, wonach ich das für die Besondere Zuwendung erhaltene Geld zurückzahlen soll. Es handelt sich hier um insgesamt ca. 8.500 Euro.

Ich bin deswegen sehr befremdet und frage mich, warum die SED-Opfer so behandelt werden.

Weshalb werden hier solche Unterschiede bei den Empfängern gemacht? Die Strapazen und Qualen in der Haft waren doch im Vergleich zu denen der anderen Häftlinge nicht geringer. Wo bleibt hier der Grundsatz der Demokratie, dass alle Menschen gleich zu behandeln sind? Jede andere Person, sei es ein Einwanderer oder ein ehemaliger

Funktionär oder Stasi-Mitarbeiter, die immer noch in gutbezahlten Ämtern kleben, wird besser behandelt als unsereiner.

Ich habe das Gefühl, dass die politischen Opfer der ehemaligen DDR nichts wert sind und von unserer Regierung nicht anerkannt werden.

Jochen Wölk

Für und wider

Über eine Klage unsere Forderung durchsetzen

Dieses Mittel würde viele Betroffene ansprechen

Sollte eine Mindestanforderung zur Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes zu Opfern anderer Diktaturen nicht verhandelbar sein, wäre doch sicher ein anderer Weg offen: Einreichen einer Klage durch einen Rechtsanwalt, der von der VOS beauftragt wird. Ich kann mir vorstellen, dass bei der Finanzierung der anfallenden Kosten für einen Anwalt die Mitglieder bereit wären, sich über einen Spendenaufruf zu beteiligen. Nach meiner Auffassung ist auch eine weitgehende Vereinigung der Opferverbände sinnvoll, da somit eine breitere Grundlage für die Durchsetzung unserer Forderungen und Wünsche gegeben ist.

Karl-Heinz Genath

In Sachen Klage meint der Bundesvorstand:

Geklagt haben wir bereits, diese Verfahren endeten jeweils bei den Oberlandesgerichten.

Da wir den Weg der Verhandlung eingeschlagen und – wie man in dieser Fg nachlesen kann – inzwischen positive Signale durch die Bundesregierung bekommen haben, bleibt es sinnvoller, das Begonnene fortzusetzen.

Inwieweit eine Klage aussichtsreich und finanzierbar wäre, ist nicht ersichtlich. Der Weg zum Obersten Gericht ist lang, es sind nur wenige, sehr teure Anwälte zugelassen, und damit wäre insbesondere für ältere Kameradinnen und Kameraden die lange Wartefrist ein Problem.

Im Übrigen stehen viele Politiker auf unserer Seite. Man muss sie einfach ansprechen oder anschreiben.

H. Diederich

„Ich bleibe auf jeden Fall am Ball“

Der Inflationsausgleich für die „Besondere Zuwendung“ dürfte das realistischste Ziel sein

☒ Ich hatte zwecks Gewährung des Inflationsausgleichs auf unsere Ehrenrente an das Bundeskanzleramt geschrieben. Von dort hatte man mein Schreiben an das Ministerium für Justiz weitergeleitet. Das Ministerium für Justiz schrieb mir am 26. Juli 2013 einen zweiseitigen Brief, in dem zu meinem Anliegen Stellung genommen wird. Die erste Seite enthält mehr oder weniger Allgemeinerläuterungen, wohingegen man im zweiten Teil (*nebenstehend abgedruckt – d. R.*) doch konkreter geworden ist.



Einige unserer Kameraden setzen sich für andere Verbesserungen bzw. Erweiterungen oder sogar eine Neuregelung ein.

Dazu gehören Vererbbarkeit, Rentenrecht oder Aufhebung der Mindesthaftzeitregelung. Mein Anliegen gilt der Aufbesserung der sogenannten Opferrente, und damit bleibe ich am Ball. Anfang kommenden Jahres klopfe ich in Berlin wieder an die Tür, egal wer am 22. September die Wahl gewinnt.

Zurzeit lese ich das Buch „Zucht- haus Brandenburg“. Es ist interessant, aber wohl zunehmend nur für Insider begreifbar. Die Masse der Gesellschaft wird sich wohl gar nicht mehr vorstellen können und glauben wollen, welche Zustände in den einstigen DDR-Strafanstalten herrschten.

Jörg Petzold

Angemerkt:

Kurt Schumacher sagte, man müsse in einer Diktatur von Anfang an Widerstand leisten. In der LDP glaubten nach dem Kriegsende viele an eine nun endlich gewonnene Freiheit und bezahlten dafür mit dem Tod oder mit langen Haftstrafen wie die Gruppe um Arno Esch aus Rostock.

Walter Jürß (sieben Jahre in Haft)

Die Verbesserung der Opferpension wurde schon mehrfach ins Auge gefasst

Antwortschreiben des Justizministeriums gibt Hoffnung

☞ Bei Einführung der sogenannten Opferpension hat der Gesetzgeber berücksichtigt, dass sich eine regelmäßige monatliche Zuwendung in das System der übrigen Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen einfügen muss. Eine monatliche Leistung darf innerhalb des Rehabilitierungsrechts im Vergleich zu den anderen existierenden Entschädigungsformen für die Opfer der SED-Diktatur (z. B. Kapitalentschädigung für Haftzeiten, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, Ausgleichsleistungen, Nachteilsausgleich in der Rentenversicherung) nicht unverhältnismäßig sind.

Gleichwohl hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, das System der Rehabilitation und Entschädigung von SED-Unrecht laufend zu überprüfen und offenbarem Regelungsbedarf mit dem Ziel Rechnung zu tragen, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die sogenannte Opferpension seit 2007 nicht angehoben worden ist, worauf Sie zu Recht hingewiesen haben.

Das Anliegen wird auch im Deutschen Bundestag von einer breiten Mehrheit geteilt. Auf der Grundlage eines Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU und der FDP hat der Deutsche Bundestag im Mai 2013 die Bundesregierung u. a. aufgefordert, „zu prüfen, inwieweit – z. B. im Rahmen der Rentenanpassungen – eine Anpassung der seit Beginn der Einführung im Jahr 2007 gleichhohen SED-Opferrente möglich ist“. Eine insoweit ähnliche Zielrichtung verfolgte der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wonach „eine Erhöhung der monatlichen Zuwendung für Opfer politischer Haft in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR anzustreben“ sei.

Ich kann Ihnen daher versichern, dass Ihrem Anliegen die Höhe der sogenannten Opferpension zu überprüfen, Rechnung getragen wird. Entscheidungen hierzu wird es aber erst in der kommenden Legislaturperiode geben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Bunke

Ein Inflationsausgleich zur Opferrente

Der Kommentar

Manchmal ist der einfache Weg der erfolgversprechendste.

Nachdem wir in der Fg die verschiedensten Wünsche, Vorstellungen und Forderungen zur Verbesserung unsere Opferrente, genaue Bezeichnung „Besondere Zuwendung“, gelesen und diskutiert haben, eröffnet uns nun Kamerad Jörg Petzold das Ergebnis, das bei seiner Anfrage an das Bundeskanzleramt herausgekommen ist.

Dieses Ergebnis ist erstaunlich, denn es entspricht dem, was die meisten (wenn auch nicht alle) von uns zufriedenstellen kann und was für die Bundesfinanzen machbar ist. Es geht in Richtung Inflationsausgleich, d. h. – ohne irgendwelchen Beschlüssen und Gutachten vorgreifen zu wollen – wir erhoffen uns eine Erhöhung von gut zehn Prozent (rückwirkend auf zwei Jahre). Damit könnten die Bezieher der Zuwendung – vorausgesetzt es treten keine einschneidenden allgemeinen Kostenerhöhungen ein – darauf vertrauen, dass in drei, vier oder fünf Jahren abermals eine Überprüfung und Verbesserung der komplexen finanziellen Situation vorgenommen wird.

Dennoch bleibt es jeder Kameradin und jedem Kameraden unbenommen, seine persönlichen Fragen und Anregungen möglichst höflich an Politiker oder Parteien zu richten – aber eben nicht unter Zeichnung des Verbandes VOS, sondern bestenfalls als deren Mitglied.

Grundlage einer Aufstockung der Opferrente sollte übrigens nicht die durchschnittliche Inflationsrate sein, sondern der ständige Anstieg der Energie- und Mietkosten. Gegen die hier ständig steigenden Preise kann sich keiner von uns wehren. Andererseits sind die Zinsraten bei Spareinlagen, die sich der eine oder andere abgezockt hat, stark gefallen, so dass sich zusätzliche Einnahmen verringern. Auch das ist zu bedenken.

B. Thonn

Das Martyrium: Fahrt in der Blackbox

Der B 1000 als Häftlingstransporter – ein mobiles Denkmal im Museum Leipzig

In Leipzig kann ein Erinnerungstück besichtigt werden, das an sich in das Kabinett des tiefsten Grusels gehört. Der B 1000, der für den Transport von Häftlingen des MfS benutzt wurde. Im Ladekasten des Kleintransporters waren fünf Mini-Kabinen eingelassen, in denen man weder stehen noch knien oder liegen konnte. Das Fahrzeug hatte im Bereich der Kabinen keine Fenster und außer einem kleinen, siebartigen Loch keine Luftzufuhr.

Das hier abgebildete Fahrzeug ist zu besichtigen im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, das zur Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört. Es trägt folgende Beschriftung:

Der unscheinbare, umgebaute Barkas B 1000 bringt „Staatsfein-



de“ zu Haftanstalten der Stasi - unbemerkt von der Bevölkerung. Aus Schikane erfolgen diese „Transporte“ bevorzugt bei Frost oder großer Hitze. In fünf Einzelzellen hermetisch abgeschlossen, sind die Häftlinge ohne Beleuchtung über Stunden mit Ihren Ängsten allein. Ziel und Zweck der Fahrt sind ihnen unbekannt. So will die Stasi sie gefügig machen.

Der Transporter B 1000 ist eine Schenkung unseres ehemaligen Bundesvorsitzenden Ehrhard Göhl, der unter großem persönlichen Einsatz für den Erhalt des originalen Fahrzeugs sorgte und der es ebenso schaffte, einen der berühmtesten Waggonen für den Häftlingstransport als Ausstellungsstück nach Berlin zu schaffen. Beide Stücke, die unwiderruflich zur Zeitzeugenschaft geworden sind, wären ansonsten verlorengegangen.

Ergänzend zur Texttafel sei angemerkt, dass der Transporter B 1000 ebenso für die Fahrten zu den oft mehr-

tägig angesetzten Gerichtsverhandlungen oder zu Behandlungen in Polikliniken genutzt wurden. Ganz wichtig zu wissen: Der männliche oder weibliche Häftling trug Handschellen.

Es wäre durchaus sinnvoll, diese Ergänzung in die Texttafel aufzunehmen. Und angebracht wäre es sicherlich auch, die Zeitzeugschilderung von Alexander Richter (verurteilt zu sechs Jahren Haft) mit zu veröffentlichen, der mehrmals in dem Fahrzeug transportiert wurde und dies u. a. in seinem Buch „Zuchthaus Brandenburg“ beschrieben hat:

An diesem 3. August des Jahres 1983 war es kalt und regnerisch. Doch das Frösteln, das Frieren, das mich immer wieder packte, hatte weniger mit dem Wetter zu tun. Ich lief zwischen den beiden in Zivil gekleideten Stasi-Hauptmännern über einen Betonweg. Die Mauern, Wände und Sperren, die sich rechts und links befanden, nahm ich nur unbewusst wahr. Mein Gang war eiernd und steif, und meine Augen mussten sich erst wieder an das Tageslicht gewöhnen. Mehr als eine Stunde hatte ich in der kleinen, dunklen Kabine des Kleintransporters B 1000 gehockt. Rücken und Knie krumm, die mit Handschellen gefesselten Gelenke zwischen den Beinen, totale Finsternis und kaum Luft zum Atmen.

Brandenburg, das Zuchthaus.

Valerie Bosse / Foto R:Schettler

Das Verbot von solchen Symbolen kann der Wahrheit helfen

Hartmut Richter erklärt Justizministerin die Wirkung des Verbots von DDR-Symbolen

Sehr geehrte Frau Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger, Sie lehnen Verbote von DDR-Symbolen ab. Verbote, Gebote, Planwirtschaft lähmen, schränken persönliche Freiheiten ein und ersticken Kreativität. Diesen Standpunkt kann man wegen Ihrer liberalen Grundhaltung verstehen und auch nachvollziehen.

Besser als Verbote sind sicher öffentliche Proteste gegen Extremisten, die gegen rechtsextremistische Aufmärsche auch sehr wirksam waren und sind. Geahndet wird das Zeigen von NS-Symbolen, das Leugnen des Holocaust wie überhaupt das Relativieren nationalso-

zialistischen Unrechts, und das ist auch gut so. Dreistes Relativieren realsozialistischen Unrechts wird jedoch gesellschaftlich noch immer ignoriert. Warum aber sind Vergleiche totalitärer Regime, ja schon das Beschreiben realsozialistischen Unrechts eine unzulässige Gleichsetzung? Die Singularität des Holocaust, NS-Verbrechen überhaupt, werden doch keineswegs relativiert dadurch. Weltweit anerkennt man die glaubhafte rigorose Aufarbeitung des NS-Unrechts in der Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren. Menschen, die unter kommunistisch-realistischen Symbolen litten, Hinterbliebene an der

Grenze Erschossener oder andere durch subtile Methoden des MfS Beschädigte gibt es ja nicht wenige. Sie verstehen dies nicht, sehen sich als Opfer zweiter Klasse. Die Ablehnungsbegründung eines Verbots von DDR-Symbolen entspricht der Polemik der alten Genossen, die ihre Verstrickung im Realsozialismus verklären wollen. Wie soll denn kommunistisch-realistisches Unrecht aufgearbeitet werden, wenn allein die Beschreibung als Gleichsetzung diffamiert wird.

Anm. d. Red.: Das Schreiben an Frau Leutheuser-Schnarrenberger wurde aus Platzgründen leicht gekürzt. Vollständiger Text im Internet.

Wer sich widersetzte, bezahlte mit der Freiheit oder gar mit dem Leben

Vom Kampf und Diskurs gegen verkrustete SED-Ansichten und deren Praktiken

Der Starrsinn höret nimmer auf. An diesen abgewandelten Spruch fühlt man sich oft genug erinnert, wenn man die Leserbriefrubriken in den Tageszeitungen der neuen Bundesländer aufschlägt. Dabei kann man das Neue Deutschland zwar nicht ausnehmen, aber in dessen Fall ist man darauf gefasst, was einen an DDR-Verklärung erwartet.

In der Ostthüringischen Zeitung konnte man im Juli nun mal wieder das finden, was in den Zeitgeist der letzten Diktatur gehört und was einem aufgeschlossen denkendem Menschen im Grunde unverstänglich erscheint. Unter der Titelzeile „Marx und Engels noch aktuell“ verteidigt ein Briefschreiber die Theorie des Sozialismus als heilbringende Lehre, ohne die ernüchternde Praxis, die wir in der DDR erleben „durften“ ins passende Licht zu rücken und ohne eine ganz wesentliche Erkenntnis zu berücksichtigen: Sozialismus ohne Gleichschaltung der Köpfe, ohne Unterdrückung, Folter und ideologische Zwänge ist nicht möglich – mag die ME-Theorie auch noch so großartig hingestellt werden.

Immerhin, VOS-Kamerad Siegfried Freitag hat es sich nicht nehmen lassen, den propagandistischen Kopfstand des Verfassers zu entlarven und dem Klassikerwahn zu widersprechen. Eigentlich sind die Argumente bekannt und gut zu begreifen. Es geht ja wohl eher um deren Akzeptanz.

Lesen Sie nachstehend, was Kamerad Freitag den Lesern der Zeitung ins Buch der Erkenntnis geschrieben hat.

Waren das Randalierer, die die Sowjetpanzer am 17. Juni 1953 mit Steinen bewarfen? Es war vielmehr die Wut der Menschen über die herrschenden Zustände. Wenn von Provokateuren gesprochen wurde, so waren dies die Ulbrichts und Co., die immer perfekter die stalinistischen Herrschaftsmethoden einführten.

Der Autor des Leserbriefs schreibt von „Streitkultur“. In der DDR-Verfassung stand auch etwas von Meinungsfreiheit. Umgemünzt wurde es in „Staatsfeindliche Hetze“ und mit als größtes Staatsverbrechen gewertet und mit Zuchthaus bis 13 Jahren bestraft – so wie es mir selbst erging.

Die Darstellung des Leserbriefschreibers beleidigt alle Opfer des 17. Juni 1953 und alle, die bis 1989 unter dieser Herrschaft leiden mussten. Er spricht vom „humanistischen Sinn des Sozialismus“.

Humanistischer Sinn? Alle Spielarten der bisherigen Sozialismus-Modelle waren Diktaturen – wo nur eine Partei herrschte und die anderen sich unterordnen mussten. Wer sich widersetzte, bezahlte es mit seiner Freiheit. Wer das „Paradies“ verlassen wollte, konnte es sogar mit dem Leben bezahlen.

Die Worte Sozialismus und Kommunismus bedeuten Blut und Tränen. Die DDR tarnte sich ja auch mit Worten wie „Sozialistische Demokratie“ oder „Demokratischer Zentralismus“. In Wahrheit herrschte jedoch die stalinistische Diktatur.

Jörg Freitag

Die Zuhörer hielten den Atem an

Rainer Buchwald hält einen Vortrag über sein schon als Kind zerstörtes Leben im Sozialismus

In der VOS und bei den Leserinnen und Lesern der Fg ist Rainer Buchwald kein Unbekannter. Hat er sich doch mehr als einmal mit Beiträgen zu Wort gemeldet, die kritisch-aufklärerisch auf die DDR blicken.

Nun war er auch mit einem mündlichen Vortrag aktiv, und dies zu gegebenem Anlass, fand doch am 30. Juli die Eröffnung der Wanderausstellung: „Ziel: Umerziehung! – Die Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR“ im brandenburgischen Städtchen Brück statt. Rainer Buchwald ist kein beliebiger Zeitzeuge, auch keiner, der sich bei Veranstaltungen rechthaberisch in den Vordergrund drängt. Eher wirkt er verschlossen und zurückhaltend, aber es gibt wenige, die gleich ihm zur Thematik der besagten Wanderausstellung als kompetente Zeitzeugen auftreten können, denn er hat die Heime und Haftanstalten der DDR zur Genüge kennengelernt und dort insgesamt acht Jahre zubringen müssen. Dazu gehören auch das Arbeitserziehungslager Rüdersdorf und der Jugendwerkhof Lehnin, von dem die anwohnenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Wochenend-Touristen, die dort am malerischen Lehniner See campen, eigentlich hätten wissen sollen, wie man mit den eingesperrten Jugendlichen umging.

Rainer Buchwald wurde schon ganz früh in ein Heim gesteckt. Es war mit elf Jahren. Er hatte bei seinen Großeltern gelebt, die politisch nicht zuverlässig waren, und er selbst wollte nicht zu den Pionieren gehen. Obwohl heute jeder weiß, was man Kindern antut, die man so früh und so abrupt von ihrem Zuhause wegholt, ist doch niemand von denen, die dafür verantwortlich waren, bereit, eine Schuld zuzugeben und zur Aufarbeitung beizutragen. Stattdessen wird in Leserbriefen an Zeitungen auf fadenscheinige Weise geheuchelt, dass die Erzieherinnen und Erzieher fair und liebevoll mit den Minderjährigen umgegangen seien. Die Folge ist nicht nur, dass die Aufarbeitung der an den Kindern begangenen Verbrechen erschwert oder sogar verhindert wird, sondern dass die zerstörten Seelen selbst nicht den Mut zur Öffnung finden und damit Hilfe bekommen könnten. Da die Jugendlichen neben den psychischen Drangsalierungen und Misshandlungen auch zu körperlich schwerer Arbeit in Stahlwerk, Schiffsbau oder Bauindustrie gezwungen wurden, sind inzwischen viele krank oder frühverrentet.

Die Ausstellung mit zwölf Tafeln ist ein Anstoß und ein kleiner Aufschrei. Natürlich gibt es auch vereinzelte Literatur oder diesen und jenen Vortrag, aber das Thema als solches wird tabuisiert und durch das Geschrei der Schuldigen vehement niedergehalten. Während wir bei politisch Inhaftierten aus dem Erwachsenenalter mittlerweile in Gedenkstätten und bei Zeitzeugenauftritten in der Aufarbeitung immer besser Tritt fassen, ist das Thema Jugendwerkhöfe eine Art unerwünschte Grauzone geworden. Nicht zuletzt, weil vielen mit der Jugendstrafe bereits der Lebensweg vorgezeichnet war und sie in ein kriminelles Milieu abrutschten, aus dem sie nachher nicht mehr herauskamen und mit dem nun niemand etwas zu tun haben will. – auch das war und ist ein Stück Sozialismus, ein Stück DDR. *B. Thonn*

Konsequent und kompromisslos gegen kommunistisches Unrecht

Der streitbare, aber verdienstvolle Kämpfer Ehrhard Göhl wird im September achtzig Jahre

Mit Ehrhard Göhl begeht im September einer der markantesten Widerständler und Geschichtsaufarbeiter aus unseren Reihen seinen 80. Geburtstag. Über seine zahlreichen Aktivitäten und Verdienste berichtet nachfolgend Kamerad Rocco Schettler, der ebenfalls viel für die VOS getan hat.

In wenigen Tagen feiert mit Ehrhard Göhl ein Kamerad seinen 80. Geburtstag, der in mehrfacher Hinsicht auf ein bewegtes Leben zurückschauen kann. Ein Rückblick auf seine Lebensleistung kann kaum vollständig sein, denn sein Wirken war und ist denkbar umfangreich. Bemerkenswert bleibt es allemal.

Am 2. September 1933 im beschaulichen Bautzen geboren, erlebte Göhl den Krieg und seine Auswirkungen noch bewusst mit – beispielsweise die Bombardierungen von Dresden. Anfang der 50er Jahre ging er nach Berlin und arbeitete als Techniker an der Komischen Oper und bei der Deutschen Post. Eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium kamen nicht zustande, denn im Mai 1959 wurde Kamerad Göhl verhaftet und nach Berlin-Hohenschönhausen verbracht. Hier musste er intensive Erfahrungen mit dem MfS machen; Dunkelhaft und U-Boot-Unterbringung gehörten nun zu seinem Alltag. Es folgte eine Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Spionage und – geradezu makaber – eine Rückkehr ins nunmehr weniger beschauliche Bautzen: Göhl verbrachte einen Großteil seiner politischen Haft in der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II, bevor er am 15. Oktober 1965 von der Bundesregierung freigekauft wurde (Rehabilitierung dann nach dem Mauerfall im Jahre 1993).

Beruflich folgte nun eine lange Tätigkeit im Rechenzentrum der Deutschen Bundespost in Darmstadt, wo Ehrhard Göhl eine neue Heimat gefunden hatte. Nach 40 Postdienstjahren ging er 1994 in den wohlverdiente (Un)-Ruhestand. Bis zum

Jahr 2011 konnte er es aber „nie ganz lassen“ und war weiterhin als Mini-Jobber in seinem früheren beruflichen Umfeld aktiv.

Man könnte glauben, damit wäre das erfüllte Leben des ehemaligen politischen Häftlings beschrieben, aber Ehrhard Göhl würde man damit nicht gerecht. Er hatte die kommunistische Diktatur schon in der DDR abgelehnt; seine Haft führte aber später im damaligen Westen dazu, dass er zu einem der aktivsten Gegner des DDR-Systems wurde. Zunächst trat er der Vereinigung politischer Häftlinge des Sowjetsystems (VPH) bei, später auch der VOS. In unserem Verband war er als Vorsit-



zender der Bezirksgruppe Darmstadt, als Mitglied des Landesvorstandes Hessen und in den Jahren 1976-78 als VOS-Bundsvorsitzender aktiv. Später war er nochmals im Bundesvorstand und seit 2010 auch wieder im Landesvorstand Hessen-Rheinland/Pfalz.

Soweit Ehrhard Göhl nicht unmittelbar und direkt für die VOS gearbeitet hat, brachte er sich für unsere Sache zusätzlich in weiteren Verbänden ein. Genannt seien hier mehr als 10 Jahre in der IGFM (Erster Sprecher im Arbeitsausschuss „Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene der DDR“), fast 20 Jahre Vorstandsmitglied in „Hilferufe von drüben“ (dabei langjährig einer der Weggefährten von Gerhard Löwenthal) und Anfang der 90er Jahre

Mitarbeit im Vorstand des Bautzen-Komitees. 1995 gründete Göhl den Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II (OFB) und ist dort heute noch Ehrenvorsitzender. Mitte der 90er Jahre war er Vorsitzender des Stiftungsbeirates Sächsische Gedenkstätten. Sachsen und Bautzen lag ihm nachvollziehbar immer besonders am Herzen. So ist es ganz entscheidend seinen Aktivitäten zu verdanken, dass es heute in der Bautzener Weingangstraße die Gedenkstätte Bautzen II gibt.

In all diesen ehrenamtlichen Funktionen war Kamerad Göhl vor allem immer „am Menschen dran“ – viele Neuankömmlinge und ehemalige politische Häftlinge haben ihn als ersten Ansprechpartner in Hessen oder auch im Notaufnahmelager in Gießen kennen und als Berater schätzen gelernt. Mancher Beamte in den für unsere Belange zuständigen Landes- und Bundesbehörden wird ihn als unbequem, aber stets offenen und bestens vernetzten Gesprächs- und Verhandlungspartner in Erinnerung haben.

Ehrhard Göhl gehörte zu dem Personenkreis, den – laut heute einsehbaren Akten – die Mielke-Häscher „zur Liquidierung“ ausgeschrieben

hatten. Von interessierter Seite wurde er – auch im damaligen Westen – gern als „kalter Krieger“ bezeichnet. Sein Wirken muss dem MfS gehörig auf die Nerven gegangen sein – spätestens seit er von 1978 bis 1988 jährlich umfangreiche Beschwerde bei der UN-Menschenrechtsorganisation gegen die DDR einlegte und in Genf persönlich übergab (incl. zahlreicher konkreter Fallbeschreibungen). Noch heute nennen ihn Alt-SED-MfS-Kader in ihren Schriften einen ihrer Hauptfeinde ...

Das Foto (© Dillenburg Presse) zeigt E. Göhl zusammen mit Jutta Fleck („Die Frau vom Checkpoint Charly“), die er bei der Freilassung ihrer Kinder entscheidend unterstützte.

→ Seite 15 rechts unten

Von Kindesbeinen dem Zwangsregime des Kommunismus ausgeliefert

Kamerad Karl Krüger betreibt mit seinen Büchern die Aufarbeitung des schweren Schicksals

Zu einer Lesung aus dem Buch von Karl Krüger „Die Lämmer im gläsernen Sarg & Zuchthaus und Freiheitslieder der DDR“ lud am 8. August die Rostocker Societät Maritim ein, in welchem der Autor, der im Zeitraum 1976/1977 bei der Stasi in Rostock und später im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftiert war und im Februar 1978 durch den Freikauf seitens der Bundesregierung in den Westen gelangte, über seine Hafterlebnisse schreibt.

Karl Krüger wurde 1940 geboren. Bereits 1946 wurde er in das Kinderheim „Junge Garde“ in Graal-Müritz gesteckt, wo er täglich Schläge wegen Bettnässerei und Misshandlungen über sich ergehen lassen musste. So musste er mit dem nassen Bettbezug über dem Kopf längere Zeit stehen.

1950 verließ er das Heim. Er arbeitete später als Gleisbauer und anschließend 15 Jahre als Kraftfahrer. Nebenbei engagierte sich Karl Krüger in der Kirche. Bis zu seiner Festnahme durch die Stasi 1976 hatte er mehrere Ehrenämter im Kirchengemeinderat der Rostocker Heiligen-Geist-Kirche inne.

Die Verhaftung erfolgte am 21. Oktober 1976 auf seiner Arbeitsstelle in Rostock durch drei Stasi-Männer. Karl Krüger hatte zuvor gemeinsam mit seiner Ehefrau 23 Ausreisearträge mit politischen Begründungen gestellt. Während seiner achteinhalbmonatigen Haft bei der Stasi in Rostock brach er zwei Mal zusammen, wovon er am 20. Januar 1977 in das Haftkrankenhaus im Zuchthaus Bützow-Dreibergen gebracht wurde, wo er bis zum März blieb.

Trotz der bedenklichen Diagnose des dortigen Arztes, der zufolge Krüger weder gesund noch transportfähig sei, musste er das Krankenhaus verlassen, er wurde noch im selben Monat – schwer krank – vor das Bezirksgericht gestellt. Hier erhielt er drei Jahre Freiheitsentzug wegen staatsfeindlicher Hetze im schweren Fall (Verbrechen gem. §§ 106 Abs. 1 Ziff. 1 und 3, Abs. 2, 63, 64 Abs. 1 und 2 StGB).

Am 25. Mai 1977 wurde Karl Krüger in das Rostocker Gefängnis in der Schwaanschen Straße verlegt. Von dort kam er mit dem „Grotewohl-Express“ am 22. Juni 1977 nach Berlin und Potsdam, zwei Tage später brachte man ihn per Lkw in das Zuchthaus nach Brandenburg-Görden, unter den Häftlingen wegen der verglasten Dachpartien *Gläserner Sarg* genannt. Da er kurze Zeit später geschieden wurde, brachte man ihn im November 1977 nochmals vorübergehend nach Rostock.

Nachdem die Freikaufmodalitäten erledigt waren, wurde Krüger am 23. Januar 1978 in die U-Haft nach Chemnitz verlegt. Hier befand sich das Abgangslager für die Transporte nach Gießen, von dem auch viele andere Häftlinge in den Westen abgeschoben wurden. Karl Krüger durfte dann am 10. Februar 1978 in den Bus steigen und in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.

Nach dem Mauerfall ging er 1999 in die Neuen Bundesländer zurück. Er lebt in Dierhagen, wo auch Egon Krenz seine Wohnstatt hat. Durch die Folgen der Haft, insbesondere im Stasi-Knast, hat er schwere gesundheitliche Schäden zurückbehalten.

Karl Krüger hat seine Erlebnisse in insgesamt vier Büchern (siehe Abb.) verarbeitet. Er veranstaltet regelmäßig Lesungen, in denen er persönliche geschichtliche Aufarbeitung betreibt. (*Eine Leseprobe nächste Fg*)

Folgende Bücher sind im Handel erhältlich:



Erinnerungen aus meiner Haftzeit in der DDR (1976 bis 1978), Schwerin 2008.

Was habt Ihr getan? Ein Stasi-Opfer bricht sein Schweigen, Kiel 2009.

Der Rostocker Stasi-Bunker - wurde hier gefoltert? Kiel 2011.

Die Lämmer im Gläsernen Sarg & Zuchthaus- und Freiheitslieder aus der DDR, Kiel 2013

→ Fortsetzung von Seite 14: EHRHARD GÖHL

Nach dem Mauerfall hatte Göhl zur richtigen Zeit oft „die richtige Nase“. So ist es ihm und seinen Mitstreitern zu verdanken, dass einer der fünf Gefangenentransportwagen der Deutschen Reichsbahn („Grotewohl-Express“) erhalten geblieben und heute in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen der Öffentlichkeit zugänglich ist. In der Gedenkstätte in Bautzen ist unter anderem ein Gefangenentransportwagen W 50 (LKW) durch Göhls Initiative eines der Ausstellungsstücke. Und im Leipziger Zeitgeschichtlichen Forum steht ein Original Barkas-Gefangenentransporter des MfS. Auch ihn hat Göhl vor der Vernichtung bewahrt. Wie man sich leicht vorstellen kann, hat sich Ehrhard Göhl mit seinen – übrigens auch umfangreichen journalistischen - Aktivitäten nicht nur Freunde gemacht. Sein unnachgiebiges Auftreten hat letztlich mehr bewirkt als manches „diplomatisches Geplänkel“. Gegenwind hat ihn, immer unterstützt durch seine Ehefrau, bis heute nicht zur Ruhe bringen können.

Dass Zeitzeugen nicht selten als Feinde der Historiker gesehen und in der veröffentlichten Meinung als Randscheinung wahrgenommen werden, hat Kamerad Göhl in der Zeit nach dem Mauerfall zunehmend verärgert. Seine Überzeugung konnte das nie beeinflussen. Auch wenn er sich ein wenig zurückgezogen hat, seine Meinung bringt er noch immer aktiv ein. Im Jahre 2010 wurde Kamerad Göhl in Hessen zum „Botschafter für Freiheit und Demokratie“ ernannt und besucht heute in dieser Funktion gelegentlich Schulen. Denn eines ist geblieben: Sein Kampf gegen Unrecht und für die Freiheit! Wir wünschen ihm dazu weiterhin viel Kraft!

Rocco Schettler

*(im Namen der Landesgruppe Hessen-Rheinland/Pfalz)
Bundesvorstand und Fg-Redakteur*

Dieser besonderen Verantwortung müssen wir in diesem Land gerecht werden

In Darmstadt wurde die erste von drei Gedenktafeln für das Bundesland Hessen zur Erinnerung an die Opfer und Widerständler des Kommunismus feierlich enthüllt

Wie schon in der letzten Ausgabe der Freiheitsglocke berichtet, haben unsere Kameradinnen und Kameraden in Hessen und Rheinland-Pfalz große Anstrengungen unternommen, um anlässlich der 60-jährigen Wiederkehr des Datums des Volksaufstandes vom Juni 1953 in der DDR Gedenktafeln an Gebäuden der Regierungssitze dreier Städte anbringen zu lassen. Dieses Vorhaben stieß bei der Landesregierung auf großes Verständnis und Entgegenkommen, und somit wurde in Darmstadt zur Gedenkfeier im Juni die erste Tafel übergeben werden.

Lesen Sie nachfolgend die Rede, die Kamerad Gerd Franke zur Feierstunde im Beisein hoher politischer Repräsentanten gehalten hat und in der er neben der politischen Vergangenheit auch über die Bedeutung der Zeitzeugentätigkeit seitens der Landesregierung, die in Hessen große Unterstützung findet, sprach.

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Wintermeyer, sehr geehrte Damen und Herren,

Als Vertreter der VOS darf ich Ihnen danken für die Entscheidung, hier im Regierungspräsidium Darmstadt, ebenso wie in Gießen und Kassel, eine Tafel zum Gedenken an die zahllosen Opfer der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR und allen Opfern des Kommunismus in Deutschland anbringen zu lassen.

Wir betrachten dies als eindeutige Geste der Anerkennung und besonderen Würdigung all derer, welche sich 44 Jahre lang dem diktatorischen Unrechtsregime der Sowjetischen Besatzungszone und der daraus hervorgegangenen DDR widersetzen und aktiven Widerstand leisteten.

Wir sind froh, dass unser Vorschlag, anlässlich des 60. Jahrestages des 17. Juni 1953 Gedenktafeln

in Darmstadt, Kassel und Gießen anbringen zu lassen, von Ihnen so problemlos angenommen und umgesetzt wurde.

Ich möchte die Gelegenheit heute hier nutzen und darauf hinweisen, dass im Bundesland Hessen überdurchschnittlich viele Flüchtlinge, Vertriebene und ehemalige politische Häftlinge der SBZ und der DDR eine neue Heimat in Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung fanden.

Mit der umfangreichen Hilfestellung bei der Eingliederung dieser Menschen hat sich Hessen in besonderer Weise verdient gemacht, und dafür möchten wir unseren Dank zum Ausdruck bringen.

Auch in Bezug auf die geschichtliche Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur vom Sommer 1945 bis zum Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 nimmt Hessen eine besonders aktive Rolle ein. Mehrere Einrichtungen wie z. B. die Landeszentrale für politische Bildung in Wiesbaden sorgen dauerhaft mit zahlreichen Einsätzen von Zeitzeugen an Schulen, Gymnasien, Universitäten und anderen Lehreinrichtungen dafür, dass den Kindern und Jugendlichen die dringend notwendigen Informationen und Denkanstöße über die SED-Diktatur und deren menschenverachtenden Charakter praktisch aus berufenem Munde glaubhaft und anschaulich vermittelt werden können.

Dieser eingeschlagene Weg der Aufarbeitung und Aufklärung über die SED-Diktatur ist notwendig und muss unbedingt intensiv weitergeführt werden, damit nachfolgende Generationen die verhängnisvollen Merkmale einer Diktatur und die sich daraus ergebenden Gefahren für unsere Demokratie erkennen lernen.

Uns und den politisch Verantwortlichen in diesem Land obliegt dabei eine besondere Verantwortung, denen wir gemeinsam im vollen Umfang gerecht werden müssen.

Gerd Franke

Ein Schlüsselereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte

**Presseinformation
vom 3. Juli 2013**

Staatsminister Axel Wintermeyer: „Wir wollen die Erinnerung an die Opfer des 17. Juni 1953 wachhalten.“

Die Erinnerungstafel für die Opfer des Volksaufstands in der DDR wird im Gebäude des Regierungspräsidiums Darmstadt angebracht

Wiesbaden/Darmstadt. Der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, hat heute dem Regierungspräsident des Regierungspräsidiums in Darmstadt, Johannes Baron, eine Erinnerungstafel zur Würdigung und zum Gedenken der Opfer des 17. Juni 1953 übergeben. Die Gedenktafel soll im Gebäude des Regierungspräsidiums Darmstadt angebracht werden und dauerhaft an die Opfer des Volksaufstands und des DDR-Regimes erinnern. „Der 17. Juni 1953 ist ein Schlüsselereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte und darf niemals in Vergessenheit geraten. Im Kampf für Freiheit und Demokratie verloren zahlreiche Menschen ihr Leben und mehr als zehntausend Frauen und Männer wurden verhaftet oder jahrelang von der Stasi verfolgt“, erinnerte Axel Wintermeyer an die Opfer des Volksaufstands in der DDR vor 60 Jahren. Unzählige Flüchtlinge hätten nach der deutschen Teilung in Hessen eine neue Heimat gefunden. Dabei habe das Regierungspräsidium Darmstadt bei der Eingliederung der Bürgerinnen und Bürger in die Bundesrepublik und bei der Entschädigung der Opfer des DDR-Regimes Großes geleistet, betonte der Chef der Staatskanzlei. „Das Land Hessen fühlt sich den Opfern des Volksaufstands und der sozialistischen Diktatur in Deutschland verbunden. Die Hessische Landesregierung will die Erinnerung an den 17. Juni wachhalten und zugleich den mutigen Frauen und Männern, die sich gegen das menschenverachtende SED-Regime wehrten und selbstlos für Demokratie, Freiheit und Einheit eintraten, ein ehrendes Andenken bewahren. Aus Anlass des 60. Jahrestages des

➔ Seite 17 oben

„Er darf hier nicht rein“

Kein Asyl für Edward Snowden

Seit Anfang des Monats Juli diskutiert die Weltöffentlichkeit über den „entsprungenen“ Geheimdienstler der USA Edward Snowden. Das heißt, es geht weniger um Snowden selbst, als um die politischen Konsequenzen, die die Gründe für seine Flucht aus den USA sind. Snowden hat, um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, die Praktiken offengelegt, mit denen die USA in anderen – leider auch befreundeten – Ländern über digitale Medien Daten und Vorgänge ausspähen und diese dann abspeichern. Genau genommen ist diese Eröffnung kaum eine Überraschung, denn wer die USA in den letzten zehn Jahren bereist hat, der weiß, dass man dort neben der Passkopie auch seine Fingerabdrücke hinterlassen muss und dass einem bei Ein- und Ausreise übertrieben formale Kontrollen aufgedrängt werden, die nicht nur lästig sind, sondern auch die Grenzen der Diskriminierung berühren. Allein in diesen Praktiken zeigt sich ein irgendwie sehr übersteigertes Wachsamkeitsverhalten.

Dennoch, wie inzwischen gern behauptet wird, ist dieses Zeremoniell in keiner Weise mit den Praktiken der einstigen DDR-Grenzkontrollen und mit den Schnüffeleien der Stasi vergleichbar. Gegenüber diesen Methoden, auch dem Apparat, hinter dem die SED ebenso wie die Machthaber im Kreml steckten, war man machtlos. Man konnte an der Grenze, auf offener Straße oder auch in seiner Wohnung verhaftet werden. Man hatte keinen Rechtsschutz, und meist erfuhr man nicht mal, was einem vorgeworfen wurde.

Dass dieser Edward Snowden dann ausgerechnet in Deutschland politisches Asyl beantragte, ist besonders pikant. Deutschland und die USA sind Bündnispartner. Man stelle sich vor, Rudolf Bahro oder Wolf Biermann hätten seinerzeit in der Sowjetunion um politisches Asyl gebeten. Ein Aufschrei der Fassungslosigkeit wäre durch die Medien gegangen. Abgesehen davon, dass in Snowdens Fall niemand daran zu denken scheint, dass man sich, um bei uns Asyl beantragen zu können, erst auf deutschem Boden befinden muss.

H. Diederich

Volksaufstandes in der DDR haben wir daher beschlossen, an diesem Ort eine Gedenktafel zu errichten. Sie soll daran erinnern, dass unsere Freiheit nichts Selbstverständliches ist und immer wieder verteidigt werden muss“, unterstrich der Staatsminister. Während seiner Ansprache dankte Axel Wintermeyer auch dem Regierungspräsidenten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz. „Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisteten hier wichtige Hilfe für die Opfer. Das galt früher wie heute. Dafür spreche ich Ihnen meinen Dank aus“, so der Staatsminister.

„Ich freue mich, dass die Erinnerungstafel für die Opfer des Volksaufstands und SED-Regimes ihren Platz im Gebäude des Regierungspräsidiums in Darmstadt findet“, erklärte Regierungspräsident Johannes Baron

(Foto: unten links). Die Anbringung der Gedenktafel an diesem Ort sei auch ein Zeichen der Wertschätzung für die über Jahre hinweg geleistete Arbeit des Regierungspräsidiums. Allein seit 2007 haben die hessischen Regierungspräsidien Opferentschädigungsleistungen in Höhe von rund 15,6 Millionen Euro gewährt, davon das Regierungspräsidium Darmstadt über 10 Millionen Euro. Mit den bereitgestellten Mitteln haben wir den Geschädigten der DDR-Diktatur schnell und wirksam helfen können“, so Baron.

Auch Gerd Franke, der als Vertreter der Landesgruppe Hessen der VOS, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. anwesend war, fand lobende Worte für das Engagement aller Beteiligten: „Die An-

bringung einer Gedenktafel für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 betrachten wir mit großer Dankbarkeit und Genugtuung. Es ist ein notwendiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um



Der Text der Gedenktafel lautet: Zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 und an alle Opfer des Kommunismus in Deutschland. Für das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, gibt es keinen angemessenen Ausgleich. Dennoch wurde über die Regierungspräsidenten des Landes Hessen den Opfern in vielen Fällen Hilfe und Entschädigung für das erlittene Unrecht gewährt.

Die Hessische Landesregierung, 17. Juni 2013



den Widerstand gegen die kommunistische SED-Diktatur in angemessener Weise zu würdigen“, betonte Franke. Abschließend dankte Axel Wintermeyer (Foto: oben rechts) allen Menschen, die bei der Umsetzung des Vorhabens mitgeholfen haben. „Es ist der erfolgreichen Zusammenarbeit aller Beteiligten zu verdanken, dass wir diese Initiative binnen weniger Monate umsetzen konnten. Die Gedenktafel wird uns künftig nicht nur an die Opfer der SED-Diktatur erinnern. Sie wird uns auch stets in Erinnerung rufen, dass sich die Sehnsucht nach Freiheit nicht auf ewig verbannen oder wegsperren lässt“, sagte der Staatsminister.

Fotos ©: Franke/ Schettler

Ein Großer seines Fachs

Über den Schauspieler Heinrich George

Am 22. Juni 1945, während der vierten Verhaftung durch die Sowjetische Besatzungsmacht in Berlin innerhalb von sechs Wochen, rief der Schauspieler Heinrich George (1893-1946) seiner voller Angst zurückbleibenden Familie zu: „Ich bin bald wieder da!“ Das aber war eine trügerische Hoffnung: Er starb, zu Tode gehungert, am 25. September 1946 im Alter von nur 52 Jahren im Speziallager Sachsenhausen bei Berlin, einem von den Sowjetrussen bis 1950 weitergeführten Konzentrationslager der Nationalsozialisten!

Heinrich George war schon in der Weimarer Republik ein bekannter Schauspieler. Die Nationalsozialisten setzten ihn ein und nutzten seinen Ruhm für ihre Zwecke: So trat er in Filmen auf wie „Hitlerjunge Quex“ (1933) oder in dem antisemitischen Machwerk „Jud Süß“ (1940) und schließlich in „Kolberg“ (1945). Heinrich George, am 9. Oktober 1893 in Stettin geboren. Nach Stationen in Bromberg in der preußischen Provinz Posen und in Neustrelitz nahm er als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil und wurde im Winter 1915 schwer verwundet. Nach dem Krieg spielte er unter Piscator und Brecht. Nach 1933 hatte er zunächst Spielverbot, wurde dann aber in die UFA-Filmindustrie eingebunden. So wurde er auch Intendant des Schiller-Theaters in Berlin, wo er auch politisch „unerwünscht“ und verfolgte Künstler unter Vertrag nahm.

Zwischen 14. und 26. Mai 1945 wurde er dreimal festgenommen und wieder freigelassen, weshalb er auch die vierte Verhaftung für ein pures Missverständnis hielt: Sie war tödlich! Erst 1994 wurden seine sterblichen Überreste in einem Waldstück bei Sachsenhausen gefunden und auf dem Städtischen Friedhof von Berlin-Zehlendorf beigesetzt. Jetzt ist das Leben des Schauspielers Heinrich George verfilmt worden. Die Titelrolle wurde mit seinem Sohn Götz besetzt. Heinrich George wurde nach der Verhaftung in den Kellern des Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen, das heute Gedenkstätte ist, von NKWD-Offizieren verhört. Die Protokolle dieser Verhöre sind erhalten geblieben und in den Film übernommen worden.

Jörg Bernhard Bilke

Heinrich George – ein Nachsatz:

Über die politische Einstellung Georges schreibt seine Witwe Berta Drews in ihren Erinnerungen:

*Die primitive Aussage vieler Stücke genügte seinem Anspruch an das Wort nicht mehr. „Ich bin auch gegen Kollektive.“ (Ausspruch H. Georges – d. Red.) ... George hat diese Gedanken später in einem Buch von Herbert Ihering ausführlicher niedergelegt und damit den Hass und den Angriff des kommunistischen Blattes „Welt am Abend“ herausgefordert. Zwar gehörte er **niemals mitgliedmäßig** zur Partei, doch die Linke rechnete stillschweigend eine Zeitlang mit ihm.*

Aus: Berta Drews:

Wohin des Wegs – Erinnerungen (München 1986)

Die rigorose Abkehr Georges von den Kommunisten und die offengelegte Ablehnung ihrer kulturellen Auffassung, die er quasi als dem Stillstand und dem Propagandismus dienend wertete, dürften der eigentliche Grund für Georges Inhaftierung durch die Sowjets gewesen sein. Hinzu kommt seine vorübergehende Tätigkeit in den USA, dem schnell erkannten neuen Erzfeind des kommunistischen Lagers.

T. H.

Arbeitslager (!) für die Kritiker

Neues aus dem Reiche Putins

Kaum jemand wundert sich über neue Schreckensmeldungen aus dem heutigen Russland, das nach alter kommunistisch-zaristischer Manier von jenem Mann mit der versteinerten Miene regiert wird, dessen ideologische Wurzeln noch in die Sowjetzeit reichen. Putins jüngster Schlag war die Verurteilung eines weiteren politischen Konkurrenten. Alexej Navalny, der dem russischen Staatsführer seit Längerem ausgesprochen lästig ist, soll fünf Jahre in ein Arbeitslager. Nicht, weil er Putin und dessen Russland kritisiert und die Protestbewegung anführt, sondern weil er – angeblich – unlautere Geschäfte gemacht und sich damit unzulässig bereichert haben soll.

Dass Beschuldigungen dieser Art an den Haaren herbeigezogen werden, weiß man vor allem im Ausland längst. In Putins Russland gibt es immer die passenden Gesetze. Und wenn nicht, werden sie halt beschlossen. Es ist wie einst, als es einen Breschnew und dessen plumpe Verschlagenheit und Ignoranz gegenüber allen kritischen Beobachtern gab.

Zugleich spielt sich Herr Putin als Gönner verfolgter prominenter Ausländer auf. Ein französischer Schauspieler, ein aus den USA geflohener Geheimdienstler und wer weiß, was noch alles folgt. Die Winterspiele der nächsten Olympiade werden nun demnächst auch in Russland ausgerichtet. Fürchtet Wladimir Putin nicht, dass ihm dasselbe Schicksal wie der UdSSR zu den Sommerspielen 1980 widerfährt? Boykott?

Möglich ist vieles, nicht nur was die Eigenmächtigkeiten des Herrn Putin angeht. B. Thonn

Mutter Gottes, Jungfrau, vertreibe Putin

Vertreibe Putin, vertreibe Putin.

Schwarzes Ornat, goldene Schulterklappen

Alle Bittsteller kriechen zur Verbeugung

Das Gespenst der Freiheit im Himmel

Gay-Pride ist in Ketten nach Sibirien geschickt worden

Aus dem Text des in einer russischen Kirche vorgetragenen Punk-Liedes der Mädchen-Gruppe Pussy riot, die für diesen Auftritt – ungeachtet zahlloser nationaler und internationaler Proteste (darunter 121 Bundestagsabgeordnete) – zu jeweils zwei Jahren Arbeitslager verurteilt wurden.

*** *** *** ***

Was ein russisches **Arbeitslager** ist, muss man sicherlich keiner Leserin und keinem Leser der Fg erklären. Der Name Workuta allein spricht für sich. Bis 1960 sind inoffiziellen Angaben zufolge etwa 75.000 Gefangene unter wahrhaft menschenunwürdigen Bedingungen dort festgehalten worden. Frauen, Männer aus mehreren Nationen, nicht wenige verbrachten dort ein ganzes Jahrzehnt, andere ließen ihr Leben. Und egal, wie man zurückkam und wie lange man dort vegetieren musste, blieben die Schäden bis ans Lebensende.

Dass man nun wieder oder immer noch Menschen in Arbeitslager (!) schickt, lässt einen schauern. Man stelle sich vor, in Deutschland würde man jetzt Konzentrationslager und Jugendwerkhöfe einrichten, um politisch Andersdenkende zu brechen. Welch ein Aufschrei würde durch die Medien gehen? B. Thonn

„Schon im Vorwort dieses Buches könnte man jedes Komma widerlegen!“

Über den hanebüchernen Versuch der alten Genossen, den Moskau-Vasallen Walter Ulbricht zu einem Staatsmann von Format hochzustilisieren“

Selten musste ein (deutsches) Staatsoberhaupt so viel Spott und Schmä über sich ergehen lassen wie der erste DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht. Witze, gehässige Anekdoten und Parodien über den Mann mit der Fistelstimme waren während seiner Regierungszeit allgegenwärtig, und wer mit seinen spöttischen Äußerungen an den falschen (Zeit)Genossen geriet, dem war eine empfindliche Haftstrafe sicher.

Doch so jämmerlich die Auftritte Ulbrichts in der Öffentlichkeit waren, wollen nun einige Leute, die im gleichen Boot wie der „Mann mit dem Spitzbart“ saßen, das Bild des früheren SED-Chefs korrigieren. In einer in Buchform erschienenen Sammlung von Aufsätzen – herausgegeben vom letzten SED-Sekretär Egon Krenz – soll versucht werden, Ulbricht als großartigen Staatsmann darzustellen.

Dabei waren es die eigenen Genossen, voran Ulbrichts Kronprinz Erich Honecker, die Ulbricht auf schäbige Weise entmachteten und ihn der Öffentlichkeit als krank und arbeitsunfähig präsentierten, obwohl dieser Zustand inzwischen angezweifelt wird.

An Ulbricht erinnern in diesen Tagen einige runde Zahlen: Vor 120 Jahren wurde er geboren, sein Todesdatum liegt 40 Jahre zurück. Er starb ausgerechnet während der Weltspiele, die der DDR im Jahre 1973 zu großem Glanz verhelfen sollten. Die Briefmarken mit Ulbrichts Konterfei verschwanden bereits vor seinem Tod aus dem Postverkehr. Die bis dahin als Walter-Ulbricht-Stadion dienende Arena an der Berliner Chausseestraße wurde später in Stadion der Weltjugend umbenannt.

Von der späteren DDR-Führung wurde auch sonst alles getan, um den Namen Ulbricht in der Geschichte des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ möglichst nicht

erwähnen zu müssen. – So wie es das Schicksal fast aller Diktatoren nach deren Tod ist.

Lesen Sie nachstehend die von Jörg B. Bilke vorgenommene, sehr gelungene Betrachtung des Buches über Walter Ulbricht sowie über das bis heute aktive politische Umfeld.

Das Buch ist schwer wie eine Bibel, und es verkündet auch eine „frohe Botschaft“, die da lautet: Walter Ulbricht war ein guter Mensch und ein großer Staatsmann! Wer anders denkt oder gegenteilige Erfahrungen gemacht hat, der wird von Egon Krenz auf 608 Seiten darüber belehrt, dass er sein antiquiertes Geschichtsbild schleunigst revidieren sollte.

Mit einem schrecklichen Vorwort, von dem jedes Komma widerlegt werden kann, versucht Egon Krenz, 1937 als Sohn eines Schneiders in Kolberg/Pommern geboren und heute als Rentner in Dierhagen/Ostsee lebend, die Leser auf seine Sicht der DDR-Geschichte und des segensreichen Wirkens des Genossen „Wulbricht“ (Herbert Wehner) einzustimmen. Im Auftrag des Verlags, eines florierenden Unternehmens der DDR-Nostalgie-Industrie, habe er, so erfährt man, zum 120. Geburtstag Walter Ulbrichts am 30. Juni und zum 40. Todestag am 1. August mit „Weggefährten“ gesprochen, „die ihn aus eigenem Erleben kennen.“

Die DDR, so liest man im ersten Absatz, war „auf jeden Fall anders“, als sie heute „von bestimmten Behörden“ im vereinigten Deutschland gezeichnet wird, die „beauftragt sind“, sie „als ein großes Gefängnis darzustellen“. Soll man diesen wirklichkeitsblinden Unsinn, den der einstige SED-Generalsekretär, der im Herbst 1989 nur knapp sieben Wochen im Amt war, hier als Geschichtsbild anbietet, überhaupt zur Kenntnis nehmen? Weiterhin wird dem ahnungslosen Leser, der die 40 DDR-Jahre nicht miterlebt hat, weisgemacht, dass Walter Ulbricht, der Hunderttausende seiner Untertanen

zur Flucht nach Westberlin getrieben und in der Nacht zum 13. August 1961 die Berliner Mauer gebaut hat, „überzeugter Gegner einer Teilung Deutschlands“ gewesen wäre. Der nachfolgende Satz: „Er wollte immer das ganze Deutschland“ ist verräterisch. Übersetzt heißt das: Übertragung der DDR-Verhältnisse auf die westdeutsche Demokratie, also ein sozialistisches Gesamtdeutschland nach Stalin'schem Muster.

Ulbricht-Witz:

Walter und Lotte Ulbricht besuchen eine Kleingartenanlage, in der ihnen ein Gärtner mit einem Eimer voller Pferdeäpfel begegnet. Walter, in seiner Neugier fragt: „Nun, Genosse Kleingärtner, was soll denn mit den Pferdeäpfeln passieren?“ Der Mann antwortet stolz: „Die kommen auf die Erdbeeren, Genosse Ulbricht!“ Walter nickt zufrieden und sagt zu Lotte: „Na bitte, Lotte, es muss ja nicht unbedingt die teure Schlagsahne sein.“
Quelle: Volksmund

Egon Krenz drückt das feiner aus: „antifaschistisch, demokratisch und sozial gerecht“ sollte es sein! Weiterhin wird, bar jeder Geschichtskennntnis, behauptet, die Sowjetmacht hätte es 1945 abgelehnt, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“.

Es war genau umgekehrt, wie man in Wolfgang Leonhards Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1955) nachlesen kann. Und schließlich wird noch der harte Vorwurf gegen die Berliner Republik erhoben, die 70 „Weggefährten“ Walter Ulbrichts, die hier befragt wurden, litten „bettlägerig, aber ungebrochen“ unter der staatlich verordneten „Strafrente“ und könnten nicht einmal „Pflege- und Seniorenheim“ bezahlen. Da kann man nur anmerken: Wer im „Klassenkampf“ ergraut ist, sollte nicht jammern!

Von „bettlägerigen Weggefährten“ wird man nur in beschränktem Umfang sprechen können.

→ Seite 20 oben

Von Seite 19 unten:

Zumindest der linke Schreihals Diether Dehm (1950) aus Frankfurt/Main, der seit 2005 für seine Partei im Bundestag sitzt, ist keiner. Er hat Walter Ulbricht nie gesehen, wettet gegen die „Schreibsöldner des Kapitals“ und argumentiert auf unterstem Niveau. Auch die drei sowjetrussischen „Freunde“, die hier schreiben, darunter der 1926 geborene Diplomat Valentin Falin, der als Mitglied der „Sowjetischen Kontrollkommission“ 1950/1951 in Ostberlin lebte, gehören nicht in die stattliche Reihe der dahinsiechenden „Weggefährten“.

Sie waren, mit Verlaub, die Befehlsgeber der SED-Führung, deren Anordnungen sich Walter Ulbricht kaum entziehen konnte. Auch westdeutsche Kommunisten, wie der 1929 geborene DKP-Vorsitzende Herbert Mies, waren keine „Weggefährten“. Sie hatten sich, auch wenn nach außen der Schein gewahrt wurde, den Befehlen des SED-Politbüros unterzuordnen, sonst wären ihnen die millionenschweren Zuwendungen aus Ostberlin gestrichen worden.

So bleiben lediglich Dutzende von Aufsteigern aus der „neuen Klasse“ (Milovan Djilas) der Berufsrevolutionäre, die neben und mit Walter Ulbricht von der Siegermacht Sowjetunion mit hohen Machtbefugnissen ausgestattet wurden. Sie waren die Nutznießer des Systems, die unerhörte Privilegien genossen, wofür sie mit bedingungsloser Unterwerfung zu zahlen hatten.

Egon Krenz hat sein umfangreiches Buch in 15 Abschnitte aufgliedert, die je einem Sektor Ulbricht'scher Politik zugeordnet sind. Bei den Überschriften weiß der Leser allerdings oft nicht, was gemeint ist. So steht „Wurzeln“ für die Biografie vor 1945, das harmlose Wort „Landschaftsgestaltung“ für die unerbittliche Landwirtschaftspolitik, mit „Kunststück“ ist die „Kulturpolitik“ gemeint, mit „Weltläufigkeit“ die Außenpolitik und mit „Kreuzgang“ das schwierige Verhältnis zur Evangelischen Kirche.

Warum der Herausgeber so verfährt, ist unersichtlich. Vor allen Interviews oder selbstverfassten

Beiträgen stehen die Lebensdaten der Autoren in Stichworten, wobei Berufsangaben oft gefälscht scheinen: Wer, wie Siegfried Prokop (1940), einst nur DDR-Geschichte gelehrt hat, darf sich heute „Professor für Zeitgeschichte“ nennen. Wer früher, wie Alfred Kosing (1928), den „Dialektischen Materialismus“ vertreten hat, firmiert heute als „Philosoph“.

Dieses Buch ist durchzogen von Bildern, die Walter Ulbricht in allen Lebenslagen zeigen: im Staatsrat, in der Bauakademie, beim Tanzen, bei der Gymnastik, mit Angela Davis, mit Jungpionieren, mit Mansfeld-Kumpeln, mit Jungaktivisten, unter Tage, auf Dampferfahrt, auf der Leipziger Messe.

Aufschlussreich ist nicht, wer alles in diesem Buch vertreten ist (die Mehrzahl dürfte den westdeutschen Lesern ohnehin nicht bekannt sein!), sondern wer in diese Sammlung nicht aufgenommen wurde und welche Ereignisse nicht genannt werden.

So kommt, außer bei dem Brecht-Experten und Regisseur Manfred Wekwerth, der Aufstand des 17. Juni 1953, bei dem Walter Ulbricht eine klägliche Rolle spielte, nicht vor. Da wäre der selbsternannte „Arbeiterführer“ von den aufbegehrenden Arbeitern fast gestürzt worden. Und Beiträge von geflohenen Dissidenten wie Wolfgang Leonhard (1921), Gerhard Zwerenz (1925), Wolf Biermann (1936) waren wohl nicht zu erwarten gewesen. Was hätte wohl der Gegenspieler Paul Merker (1894-1969) geschrieben, den Walter Ulbricht 1952 für acht Jahre ins Zuchthaus werfen ließ?

Einige berühmte Namen fehlen freilich nicht: Gustav-Adolf („Täve“) Schur (*1931) ist dabei, der Radrennsportler aus Magdeburg, über den Uwe Johnson (1934-1984) den Roman „Das dritte Buch über Achim“ (1961) geschrieben hat; von Elfriede Leymann (*1928), Emerita für Verwaltungsrecht in Ostberlin, erfährt man, dass Walter Ulbricht einen älteren Bruder namens Erich hatte, der nach New York ausgewandert war, und eine Schwester Hildegard in Westdeutschland. Walter Ulbrichts Vater Ernst aus dem Leipziger

„Nauendörfchen“ war Schneidermeister, also ein Kleinbürger, nichts da von „revolutionärer Arbeiterklasse“!

Innerparteiliche „Fraktionsbildungen“, die seinerzeit mit hohen Zuchthausstrafen geahndet wurden, werden in diesem „sozialistischen Hausbuch“ verharmlost.

Selbstverständlich darf auch die 1927 in Halle geborene Ex-Ministerin Margot Honecker nicht fehlen, die bei der DDR-Bevölkerung verhasst war, heute aber im fernen Chile eine üppige Rente aus dem „kapitalistischen“ Deutschland bezieht und hier ihre gewohnten Plattheiten über den SED-Staat abgibt. Da ist das, was der Schriftsteller Hermann Kant (*1926), auch er ein Nutznießer des Systems, zu sagen hat, weit bewegender: Er mochte Walter Ulbricht nicht und begründet das auf vier Seiten!

„Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet.“

Aus der zweiten von insgesamt drei Verfassungen der DDR, die am 8. April 1968 von Ulbricht unterzeichnet wurde.

Obwohl Egon Krenz, wie er im Vorwort betont, keine Idealisierung Walter Ulbrichts anstrebte, so ist das Buch doch eine Huldigungsschrift des 1973 verstorbenen Parteiführers geworden. Für die DDR-Forschung wäre es deshalb auf weite Strecken wertlos und unbrauchbar, wenn es nicht immer wieder Passagen gäbe, die den Leser erschauern lassen. Beispielsweise dort, wo es um innerparteiliche Auseinandersetzungen geht, „Fraktionsbildungen“ genannt, die mit hohen Zuchthausstrafen geahndet, in diesem „sozialistischen Hausbuch“ aber verharmlost werden.

Egon Krenz (Herausgeber):
„Walter Ulbricht.
Zeitzeugen erinnern sich“,
Verlag „Das Neue Berlin“,
Berlin 2013,
608 Seiten, Euro 24.99

Die Wirklichkeit sah (leider) viel erschreckender aus

Ein Buch mit Fotos und Kommentaren zu der Sonderhaftanstalt in Bautzen gibt erneut Anlass zu der grundsätzlichen Frage, welche Bedeutung Zeitzeugen denn heute überhaupt noch haben

Eine kritische, fast schon vernichtende Betrachtung zu dem hier vorgestellten Buch **BAUTZEN II** legt nachstehend Ehrhard Göhl, der selbst in Bautzen inhaftiert war, vor. Einmal mehr stellt er (wie auch andere ehemalige dort Inhaftierte, nicht zuletzt auch in dieser Fg-Ausgabe) die Frage, warum bei Recherchen nicht das authentische Wissen von Zeitzeugen genutzt wird.

Als gebürtiger Bautzener und von 1960 bis 1965 in „Vollpension“ bei der Stasi in deren Sonderhaftanstalt Bautzen-II, muss ein Urteil zu dem vorliegenden Buch anders ausfallen als von einem Außenstehenden oder gar Historiker.

Ein fototechnisches Urteil kann ich fachlich nicht abliefern, aber die angegebenen Texte sowie *Bildlegenden* am Ende des Buches, ab Seite 173, sind nach meiner Auffassung unbrauchbar und zum großen Teil einfach falsch.

Bereits in der „Einführung“ steht u. a.: „...wer heute an die im Osten Sachsens gelegene Stadt denkt, dem fällt unweigerlich das berühmte Stasi-Gefängnis Bautzen II ein.“ Schon diese Formulierung in der „Einführung“ halte ich für unangebracht.

Es ist das „Gelbe Elend“(!) mit nachweislich und namentlich bekannten über 3.000 Toten und seiner Gedenkstätte, dem Gräberfeld auf dem Karnickelberg. Noch heute berichten „allwissende Journalisten“ über Bautzen II vom „Gelben Elend“. Beide Haftanstalten liegen jedoch etwa zwei Kilometer entfernt voneinander.

Bautzen-II war seit 1956 eine völlig geheime (!) Sonderhaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, als Teil des Bautzener Justizgebäudes. Selbst die Anwohner der Umgebung glaubten bei der Einfahrt von diversen Gefangenentransportern, dass die Betriebsküche des Justizgebäudes versorgt wurde. Die Gefangenentransporter waren in

früheren Zeiten (und auch später noch) in „Konsumrot“ oder „Fischblau“ mit Werbeaufschriften versehen und als Gefangenentransporter (Minna) nicht erkennbar.

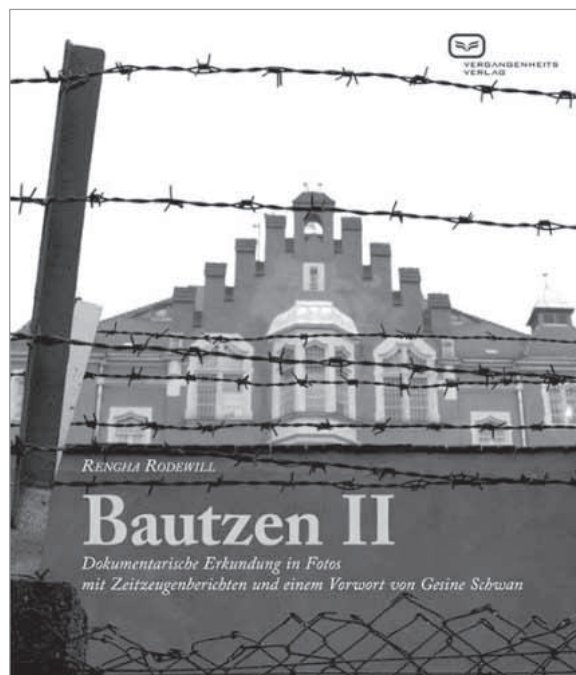
In weiteren Texten werden Altkommunisten namentlich genannt, welche auch wirklich in Bautzen-II waren. Nicht erwähnt wird jedoch, dass einer davon Stasi-Spitzel war und viele Mithäftlinge für Wochen in Arrest und Tigerkäfige gebracht hat.

Auf Seite 25 wird ein Gefangenentransportwagen B 1000 mit Fenstern in den Transportzellen abgebildet, welchen es zu DDR-Zeiten nicht gegeben hat. Der Wagen ist kein Original, sondern ein Produkt, das nach dem Fall der Mauer hergerichtet wurde, auf Veranlassung vom ersten Sächsischen Justizminister Heitmann.

Warum hat man den nebenstehenden original Gefangenentransporter W 50 ohne Fenster in den Einzeltransportzellen nicht abgebildet? All dies ist den hochbezahlten Historikern der Bautzener Gedenkstätte bekannt. Wurde die Fotografin bewusst in die Irre geführt?

Gleiches gilt für die Seiten 104/105 mit der „Anstaltskapelle“ bis 1952. Der Umbau erfolgte erst Anfang der 1960er Jahre durch die Stasi, wozu der Einzug einer Zwischendecke gehörte. Noch heute ist die kunstvolle Deckenkonstruktion des Beetraumes (Anstaltskapelle) nachweisbar. Das „Essgeschirr“ von Seite 149 war in den 60er Jahren nur ein Traum. Das „Sanitätszimmer“ auf Seite 153 ist eine „wissenschaftliche Erfindung der Bautzener Historiker“.

Wer die Wahrheit sehen und erfahren will, sollte sich an die TV-Produktionen aus dem Zeitraum 1989/90 halten. Ärztezimmer für



Seitenblick

Bücher In der Fg

Männer, Frauen und Zahnbehandlung sowie eine eigene Krankenstation waren in Funktion vorhanden. Erst nach einer „besenreinen“ Übergabe (Anfang der 1990er Jahre) durch die ehemaligen Stasi-Knechte („sach- und ortskundige Bedienstete der Sächsischen Justiz“, wie es Justizminister Heitmann formulierte) an die Sächsische Gedenkstättenstiftung und nachträglich durch die Historiker selbst, wurde aus Bautzen II ein Märchenhaus und das Buch für unkundige Betrachter irreführend, wenn nicht gar wertlos.

Vorliegende Fotoprojekte und wissenschaftliche Erkenntnisse des *Fraunhofer Instituts* über die tatsächlichen Zustände in der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II sind im vorliegenden Buch nicht zu finden. Das (alles) ist ausgesprochen bedauernswert. *Ehrhard Göhl*

(1965 ohne Entlassungsschein und sonstige Papiere von der Stasi in den Westen verkauft). Kamerad Ehrhard Göhl war mehrere Jahre Bundesvorsitzender der VOS

Das Buch: Bautzen – II - Dokumentarische Erkundungen in Fotos
Autorin: Rengha Rodewill
176 S., m. 150 Abb.
978-3-86408-119-4; 22.90 €
Vergangenheitsverlag Berlin

Die Historiker und die „geronnene Zeit“

Wollen wir an den Schulen wirkliche Geschichte vermitteln oder geht es nur um persönliche Eitelkeiten? – Grundsätzliches zur Aufarbeitung des Stalinismus

Seit langem habe ich mal wieder in Lehrplänen und Lehrbüchern für Geschichte gestöbert. Da sticht mir ins Auge: Die Zeit von 1945 bis 1953 in der SBZ bleibt an den Schulen ein weißer Fleck.

In den meisten Lehrplänen der Länder und erst recht in den Lehrbüchern des Faches Geschichte kommt diese Zeit meist nicht vor. Und wenn drei Sätze verloren werden, dann wird Geschichte verfälscht, dann werden die sowjetischen „Speziallager“ umgefälscht in „Internierungslager“ u. ä. m.

„Altbundesdeutsche Historiker“ haben offensichtlich mit Begriffen und Definitionen ihre Schwierigkeiten (Eine sehr bedenkliche Erscheinung in einer Wissenschaftsdisziplin.). Sie existiert nicht diese o. a. Zeit – vor allem existiert sie nicht bei den Damen und Herren Historikern.

Natürlich ist letzteres entscheidend, denn hier wird doch die vermeintliche Fachkompetenz vermutet. Wo denn sonst? Wenn so einer sich nicht äußert zu etwas, wird kaum ein anderer – auch kein Politiker – danach suchen. Der Historiker ist doch selbst so etwas wie „geronnene Zeit“. Nur er (oder sie) verkörpert sie.

Aber wie kann Zeit verschwinden? Und warum lässt man sie verschwinden, wo sie doch das Schicksal so vieler Menschen im Osten Deutschlands entschieden hat? Sie

entschied über Leben und Tod, über Hab und Gut und über vieles mehr.

Man konnte über Nacht nach Moskau verschleppt und erschossen werden. Man konnte wegen einer Belanglosigkeit abgeholt werden und spurlos für immer verschwinden. Man konnte unsäglich gefoltert oder mit Wassersuppe zu Tode gehungert werden, und und und ...

Gerade in den Jahren 1945 bis 1953 wurden doch die Weichen für alle Züge gestellt – bis nach WOKUTA.

Da nützt erlebte Geschichte gar nichts. Die wird nicht ernst genommen. Dabei ist das Erlebte das, was uns Gewissheit gibt.

Unsere Historiker wissen natürlich, wo diese Zeit versteckt ist und wenigstens grob, was in ihr vorging. Genau können sie es nicht wissen, denn sie lebten vergleichsweise im Paradies im Widerspruch zur Hölle. Aber trotzdem: „Vom Guten zum Bösen ist es nur ein Windstoß weit.“ - sagt ein altes Sprichwort.

Zahlreiche Bedenken stehen gegen die nackte Wahrheit: Man möchte vielleicht diesen nicht verärgern und jenen nicht im Büßergewand herumlaufen lassen. Aber die Wahrheit ist doch ein Gut – auch für die Wissenschaft – oder nicht? Unseren Schülerinnen und Schülern wollen sie deshalb die versteckte Zeit nicht zeigen. Sie sollen

diese Zeit nicht sehen. Sie könnten sich vielleicht eigene Gedanken machen. Oder es könnten bei ihnen Emotionen geweckt werden? Das wäre nicht gut – oder doch?

Über das Warum hüllen sich unsere Historiker in Schweigen.

Die ungeliebte Zeit soll Unzeit bleiben. Früher waren wir Ostdeutschen gewohnt, dass „die Partei“ bestimmt, wie Geschichte von Historikern geschrieben werden soll. Heute haben die Historiker die Macht, selbst zu bestimmen, wie Geschichte sein soll – auch wenn sie manchmal anders ist.

Gegen diese Macht sind wir einfachen Bürgerinnen und Bürger machtlos. Da ist auch das Aufbegehren von Zeitzeugen nur eine schwache Regung. Denn Macht stützt auch der Staat mit seinen Regeln und Gesetzen: Nur wer ein Fach studiert und staatliche Prüfungen abgelegt hat, darf sich fachkompetent nennen und Lehrbücher schreiben. Da nützt erlebte Geschichte gar nichts. Die wird nicht ernst genommen. Zwar ist das Erlebte das, was uns Gewissheit gibt. Aber wen interessiert das außer den Betroffenen? Zwar haben diese viele Bücher über ihre Erlebnisse geschrieben. Hunderte habe ich gezählt. Aber das zählt nicht.

Aber wenn unsere Schüler nicht erfahren, wie Geschichte im Osten wirklich war, sondern nur wie sie sein soll, wieso ertönt dann immer wieder der Ruf nach Wahrheit. Wieso zitieren wir dann bei aller Gelegenheit die Formel: „Wer die Geschichte nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten.“

Bernd Müller-Kaller, Dipl.Phil., VOS Landesvorsitzender Sachsen

NVA-Soldaten: Gepeinigt bis aufs Blut, aber keine Entschädigung möglich

Wovon heute kaum noch jemand spricht, was aber viele traumatisiert hat

War die NVA der SB-Markt der Offiziere?

Wer nicht für einen Urlaubsschein bei den Offizieren arbeiten wollte oder wer gesehen hat, wie NVA-Eigentum den Besitzer wechselte und dazu nicht schwieg, der wurde bis aufs Blut diszipliniert. Staatsverleugnung, Fahnenflucht, Befehlsverweigerung – so hießen die Anklagen, mit denen sich der Staatsanwalt bei den „undisziplinierten“ Soldaten befasste.

Der Dienst in der Disziplinareinheit war eine Strafe, die vom Regimentskommandeur für die Dauer von zwei Monaten und vom Divisionskommandeur bis zu drei Monate verhängt werden konnte.

Die Disziplinararbeit hatte allein durch ihren schier unmenschlichen Tagesablauf eine sehr abschreckende Wirkung. Es wurde um 4.00 Uhr geweckt und um 20.00 Uhr war Nachtruhe. Die Insassen waren zur Arbeit verpflichtet, und außerhalb

der Arbeitszeit erfolgte die militärische Ausbildung.

Die hiervon betroffenen Männer sind gebrochen und gezeichnet für ihr ganzes weiteres Leben, aber sie gelten nicht als vorbestraft, und daher ist heute ihr Anspruch auf eine Entschädigung gleich Null.

Dafür sitzen dann die Offiziere in den Sternenstädtchen und freuen sich über die schönen Pensionen, und nebenbei macht man in Immobilien und Versicherungen.

Klaus Dörfert

Kassenbeitrag entfällt

DDR-Verfolgte müssen keine Kassenbeiträge auf Opferrente mehr zahlen, entschied das Bundessozialgericht am Mittwoch in Kassel

■ Ehemalige politische Häftlinge der DDR und SBZ müssen auf ihre Entschädigungsrente (Ehrenrente) keine Kassenbeiträge mehr bezahlen. Dies entschied das Bundessozialgericht am Mittwoch in Kassel. Die „Besondere Zuwendung“ für Zehntausende politische Verfolgte der DDR sei kein reguläres Einkommen, sondern eine zweckbestimmte Entschädigung - und damit von Krankenkassenbeiträgen befreit. (Az: B 12 KR 27/12 R).

Wie die Kasseler Sozialrichter nun entschieden, gehört die Opferrente zu den zweckgebundenen Sozialleistungen, die von der Beitragspflicht befreit sind. Die Zuwendung solle die rechtswidrige Haft und dadurch erlittene weitere Nachteile entschädigen. Sie diene nicht dem allgemeinen Lebensunterhalt und sei daher nicht beitragspflichtig.

Hierzu erklärt der VOS-Bundesvorsitzender Hugo Diederich:

Endlich wird eine Gerechtigkeitslücke geschlossen. Die „Ehrenrente“ ist aus gutem Grund steuer- und pfändungsfrei. Gerade die sozial Schwachen litten zusätzlich unter einer Verfahrensweise, durch die sie um Teile ihres Einkommens gebracht werden und durch die sie sich drangsaliert fühlen.

Nun ist die Politik gefragt, denn seit es diese „Ehrenrente“ gibt, seit dem 01.09. 2007, gab es keinen Inflationsausgleich. Es ist an der Zeit, die „Ehrenrente“ auf 300 € anzuheben. Bekanntlich werden die Täter fürstlich entlohnt. Sollen die Kämpfer/Opfer gegen eine Diktatur morgen sagen „Beim nächsten Mal mache ich mit, es lohnt sich!“

Was sind Renten nach der Euroeinführung wert?

Seit wir den Euro haben, hat sich kostenmäßig viel verändert. Die Preise, die wir vordem in D-Mark hatten, haben wir jetzt in Euro: Mieten, Energie, Benzin, selbst Bußgelder. Die Einkommen haben sich hingegen halbiert. Wer arbeitet, hat aber wenigstens die Möglichkeit, in höhere Gehaltsgruppen aufzusteigen oder einen Zweitjob anzunehmen, um das auszugleichen. Bei Rentnern ist das schwieriger oder unmöglich. Wer seinerzeit den Durchschnitt von 1.700 D-Mark hatte, bezieht inzwischen 850 Euro. Nimmt man die Ehrenpension hinzu, werden 1.100 Euro daraus. Davon fressen Miete, Energie- und Nebenkosten mehr als die Hälfte auf. Wer auf dem Land wohnt und auf ein Auto angewiesen ist, hat zusätzlich hohe Kosten.

Nebentätigkeiten, mit denen ein Rentner sein Salär aufbessern könnte, sind rar. Oder soll ein Achtzigjähriger in aller Herrgottsfrühe Zeitungen austragen oder im Supermarkt Kisten auspacken?

Die letzte Rentenerhöhung war mehr als blamabel. 1,50 Euro standen bei vielen als Zuschlag im Bescheid. Da sind Porto und Umschlag schon fast genauso viel wert. Man denke zugleich, wie viele Leute bei der Rentenkasse beschäftigt sind und durch die Vielzahl der Rentner nicht schlecht verdienen. Kommt es einem also nicht vor, als wären die vielen, vielen Alten eine Herde Rinder, die man tüchtig melken kann?

Andererseits gibt es Renten und Pensionen, die über 2.000 Euro und viel höher liegen. Wenn diese Einkommen um zwei bis drei Prozent ansteigen, klingelt's sozusagen auf dem Konto. Da kommen 50 bis 100 Euro dazu. Ist das gerecht? Kann man die niedrigen Renten nicht progressiv und die hohen Renten nicht

degressiv steigen lassen?

Wir schimpfen oft genug auf den Euro. Er brächte uns dieses Unheil, durch ihn würde unsere Lebensqualität beträchtlich gemindert. Nein, der Euro als solcher ist nicht schuld am armseligen Realeinkommen vieler Rentner. Es liegt an den Politikern. Wer – ohne Volksabstimmung – eine neue Währung einführt, der soll bitte schön dafür sorgen, dass es anschließend keinem schlechter geht als vorher. Denn dass es besser wird, hatten wir ohnehin nicht erwartet.

A. Richter

Wie sonst könnte für uns ein Ausgleich möglich werden?

Eine Schlussbemerkung (für diese Fg) zur Opferrente und deren jeweilige Angleichung

§ Auch wir haben das Recht, Verantwortlichkeit einfordern zu dürfen. Wir lassen uns nicht erneut zum Spielball parteipolitischer und anderer Interessengruppen machen. Und wir werden weiter für eine angemessene Anerkennung eintreten. Bei einer näheren Betrachtungsweise müssten eigentlich auch ehemalige nachweisbare Zersetzungsoffer der SBZ/DDR eine Art Wiedergutmachung bei entsprechenden vorhandenen Schädigungen erhalten. Da sich aber schon die Möglichkeiten unserer Beweisführung äußerst bescheiden gestalten, weiß ich nicht, wie es uns sonst gelingen könnte, einen Ausgleich für die Opfer zu erhalten. Ich argumentiere ausschließlich aus der Sichtweise eines einstmaligen aktiven Widerständlers aus der Zeit der DDR, der als Folge politisch inhaftiert wurde und nunmehr für die Gewährung einer „Ehrenrente“ plädiert. *Wolfgang Schmidt*

Wir trauern um

**Irmgard Poch
Gerhard Heinz Schumann
Hans-Joachim Geitner
Gerhard Kalitz
Manfred Schäpe
Rudolf Dübler**

**Bezirksgruppe Stuttgart
Bezirksgruppe Plauen
Bezirksgruppe Freiburg
Bezirksgruppe Aachen
Bezirksgruppe Leipzig
Bezirksgruppe Plauen**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Was uns bewegt, vereint und weltweit verbindet

Ein lyrischer Anstoß

von Christian Martin Lappe

Zum Wesen der Freiheit gehört auch die Pflicht, die Freiheit der andern zu wahren.

Dass Gleichgültigkeit oft mitschuldig macht, das wird von zu vielen erst dann bedacht, wenn selber sie Unrecht erfahren.

Mitschuldig wird jeder, der zu Unrecht schweigt, denn Freiheit heißt - sich engagieren ...

Ein Mensch, welcher meint, er könne nichts tun, ist ein armer Tropf - für Freiheit immun; verdient sie nicht – wird sie verlieren.

Die Schwester der Freiheit ist Demokratie.

Weil die sich ursächlich bedingen, wird keiner Nation und keiner Kultur, die Freiheit vermeidet, durch Diktatur, Glück, Frieden und Wohlstand gelingen ...

Die Opferfürsorge hat Priorität.

Unschuldig im Zuchthaus gesessen, das haben in Honeckers Paradies, viel Tausende mehr als er gehen ließ, Dies dürfen wir niemals vergessen.

Es bleibt unser Ziel, den Opfern zu helfen!

Uns soll nie etwas wichtiger sein!
Schützt unsere Reihen vor Verrätern,
es wollen uns viele von Mielkes Tätern,
noch einmal von der Freiheit befreien!

PS (WARNUNG):

Ein Volk, das aus seiner Geschichte nicht lernt, das wird seine Zukunft riskieren!

Nicht-Wissen-Wollen und Demagogie, gefährden unsere Demokratie!

Wir könnten die Freiheit verlieren.

Atlanta, USA, Juli/August 2013

Mahnmal in Zeichnungen und Bildern

Der Künstler Gino Kuhn, ehemaliger politischer Häftling, stellt wieder Werke in Berlin aus

„Meine Bilder sollen ein Mahnmal sein und widerspiegeln, welchen entwürdigenden Haftbedingungen wir ausgesetzt waren.“ Der Maler und VOS-Kamerad Gino zielt hier insbesondere auf Isolationshaft, Folter, Schlafentzug, Knebelketten, Haar- und Zahnausfall in Folge von mangelnder Ernährung, Zwangsarbeit und Demütigungen aller Art ab, die ihm und anderen politisch Inhaftierten widerfuhr. „Da ich in Worten nicht ausdrücken kann, was geschehen ist, sollen meine Gemälde und Zeichnungen von dauerhaft zeitlosem Rang sein und das persönliche Trauma ins Licht der Öffentlichkeit stellen. Es soll ein Beitrag zur Aufklärung sein, zum gegenseitigen Respekt und zur Toleranz, in der Hoffnung, dass so etwas allen Menschen erspart bleibt.“

Gino Kuhns Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“ ist vom 24. Juli bis 10. Okt. 2013 im Europasaal der Deutschen Gesellschaft e. V. (Mosse Palais, Voßstraße 22) zu sehen. Bereits in den letzten Jahren fand diese Ausstellung großen Anklang, als sie in den Räumen mehrerer Landtagsgebäude gezeigt wurde und hochrangige Politikerinnen und Politiker an ihren Höhepunkten beteiligt waren. *H. Diederich*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder ab 2013	45,00 €
– Ehepartner	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (731) erscheint im September 2013

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **729/30**: 02. Aug. 2013